

Ercheint täglich außer Montags. Preis per Nummer: Vierteljährlich 2.30 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die Anzeigenpaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 5. April 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Es lebe der Umsturz!

Am 1. April dieses Jahres wurde ein denkwürdiges Jubiläum gefeiert. Der 1. April ist zwar ein schlechter Tag für die Karren, die sich in den April schiden lassen, allein für vernünftige Menschen ist er ein eben so guter Tag wie ein anderer, und in der „wilden“ freien Schweiz sind sogar die Aprilnarren vernünftig genug, sich nicht vor aller Welt lächerlich zu machen, so daß der 1. April dort nicht so verurteilt ist, wie bei uns in dem zähen Deutschland. Und in der Schweiz war das Jubiläum.

Ein denkwürdiges Jubiläum! Ein Jubiläum des Umsturzes! Das ist heutzutage so recht zeitgemäß.

Es war in Luzern, der einstigen Hochburg der Jesuiten und Hauptstadt des Sonderbundes. Und vor 50 Jahren, inmitten der „schwarzesten Reaktion“ — das heißt was man damals für das schwarze hielt, seitdem haben die Schwarzfärber und Schwarzkünstler ihre Kunst wesentlich vervollkommen — inmitten eifrigster Arbeit am Umsturz aller Gesehe des menschlichen Denkens und der geschichtlichen Entwicklung. Die alte Schweizer Bundesverfassung aus dem Jahre 1815, gerade so schlecht wie die dem gleichen Jahre entstammende deutsche Bundesverfassung des Säcularmenschens und genialen Staatsmannes von anno dazumal — Metternich hieß er; wir nennen ihn, weil wohl die meisten unserer Leser den Namen vergessen haben — die alte faule Bundesverfassung gefiel den Schweizern nicht mehr und sie wollten den Plunder umstürzen, wie das vernünftige Menschen und die immer vernünftige Natur mit allem, was dem Wachstum hemmend im Wege ist, machen. Doch das wollten die Nachtdögel nicht dulden, die in dem alten Gemäuer und den schmutzigen Winkeln sich warme Nester gebaut hatten. Da wurden viele der vernünftigen Schweizer ungeduldig, das Weben am Webstuhl der Zeit ging ihnen zu langsam, sie wollten dem hin- und herlaufenden Webstuhl einen Stoß geben, daß es noch schneller dahinfliehe; und ihrer etliche Tausend nahmen den Stuhlen zur Hand und zogen Ende März 1845 als „Freischaren“, unter Führung des Luzerner Regierungsraths Steiger und des Berner Generals Ochsenbein, nach Luzern, um der Reaktion in ihrer Hauptveste das Rückgrat zu brechen.

Es war aber noch zu früh. Am 31. März 1845 erlitten die Freischärler eine Schlappe, und am folgenden Tag — am 1. April — wurden sie, nach heftigem Kampf, mit Verlust von 104 Todten und 1800 Gefangenen endgültig zurückgeschlagen und zerprengt. „Nieder mit den Umstürzern!“ brüllte die siegreiche Reaktion. Und ein Glück für die Gefangenen, daß die öffentliche Meinung der Schweiz sich so mächtig regte zu gunsten der Umstürzler! — Die bekannteren und verhassteren waren ohne Erbarmen kriegsrechtlich erschossen worden. Auch so zählten sie schlecht genug.

Feuilleton.

Zu Code geheht!

(Nachdruck verboten.)

10

Eine Erzählung nach dem Leben von Franz Held.

Sofort nach seiner Heimkehr begann Schwarz, unermüdet in seinen Briefschaften zu träumen und zu wählen. Er suchte nach dem Privatvertrag mit Kendlmann, die zwei Morgen betreffend. Möglich immerhin, daß das Papier doch noch vorhanden war. Er stöberte gierig.

Eines Tages kam er mit hochrothem Gesichte zu seiner Frau in die Vorrathskammer gelaufen; ein Papier in der Hand, das er heftig schwenkte.

„Ich hab's! Ich hab's gefunden!“ raunte er unterdrückt, mit dem Ausdruck leidenschaftlicher Nachgier.

„Die Abmachung über die zwei Morgen?“ fragte Frau Schwarz, indem sie das Speckstück, das sie gerade vom Haken heruntergenommen hatte, vor Erregung zu Boden fallen ließ.

Schwarz nicht heftig: „Ich halt' ihn diesmal, den Schutz! Das soll ihm schlecht bekommen! Sofort fahr' ich nach Allensfeld und zeig' ihn an beim Bezirksgericht wegen Meineids. Er kriegt so sicher, wie ich hier steh', seine paar Jahre Zuchthaus. Und die sind ihm gesund.“

Aber seine Frau war ganz anderer Meinung.

„Wer weiß, wie er die Sache noch herumdreht. Er hat Geld — und wir haben keins. Wir haben nun doch schon genug vom Gericht, dächt' ich.“

„Nein, nein! Er kann gar nichts machen! Der Beweis ist ja unumstößlich!“

„Und wenn er das auch ist, warf die Frau ein, was hilft das? Bis der Kerl verurteilt wird, das dauert doch jedenfalls ein paar Monate, vielleicht ein rundes halbes Jahrchen. Unterdessen macht er uns in seiner Wuth soviel

Die Zeit verstrich und der Umsturz geblieb.

Zwei Jahre später — im Jahre 1847 — mußte die Schweizer Bundesregierung selbst thun, was die ungeduldrigen Freischärler, Revolutionäre und Umstürzler im März 1845 versucht hatten — der S o n d e r b u n d wurde mit Waffengewalt, im Namen des Gesehes und der Verfassung, niedergeworfen, und der n e u e B u n d ausgerufen.

Vorigen Montag aber, am 1. April 1895 — zur gleichen Stunde, wo in Deutschland alles, was dengewalttamen Umsturz der Ordnung, der Sitte und des Gesehes, soweit dieses mit dem Recht übereinstimmt, anstrebt und vorbereitet, sich um den roheren Erben und Nachfolger Metternich's, als um den Bannerträger der „blutigen“ und eisernen Reaktion geschaart hatte — am Montag begingen in der Schweiz die Umstürzler von 1845, soweit sie noch am Leben sind, das Fest ihrer N e o a n t e: diesmal zogen sie in Luzern ein, die alten Grau- und Weißbärte — zogen ein, mit Blumen überschüttet, statt mit Kugeln, — zogen ein als gefeierte Sieger, unter dem jubelnden Ruf: e s l e b e d e r U m s t u r z !

Die bürgerlich demokratische „Zürcher Post“ schreibt am Tage vor diesem erhebenden Umsturzfest unter der Ueberschrift: „Die Freischaren“:

Ein Häuflein jener Freischärler, welche im Frühling 1845 die Stadt Luzern durch einen ledigen Handreich nehmen und säubern wollten, hält morgen dort festlichen Einzug. Sie tragen nicht mehr den Stutzen und die Kugeltasche, sie finden auch keine finsternen Thore mehr; denn was sie im Sturm der Jugend geträumt, ist Wahrheit geworden. Sie hören die Siegesfanfare schmettern, und wenn sie zum letzten Appell antreten, werden sie den längst unterm Hasen schlafenden Kameraden frohe Kunde bringen.

Damals, als sie überwältigt wichen, gekehrtem Wille gleich nach Hause eilten, oder gefangen hinter Mauern sahen, waren sie elende „Landfriedensbrecher“, gebrandmarkt von der Begaltheit, verleugnet von den Augen, die ihnen ermunternd zum Vorhaben zugewinkt. Nun sind sie Veteranen, vor denen sich der Jüngern Häupter ehrfurchtsvoll entblößen. Gekrönt mit Lorbeer und Banditen — so hießen sie in der amtlichen Sprache — empfangen sie heute vom Vaterland Kränze. Das ist die Geschichte. Die Justiz nimmt hinter dem Erfolge Platz, zu sanktionieren, was sie verurtheilt, alles nach Paragrafen. Das Wagnis bringt Glück, sofern es geräth, Strafe und Schande, wenn's übel endet. Kasimir Pflüger sagte es den Dichtern, die über Robert Steiger zu urtheilen hatten.

Sie verstanden ihn nicht. Das ganze Geschlecht, dem sie angehörten, trug längst einen Klotz vor den Augen und glaubte kraftvoll zu handeln, da es sinnlos wüthete. Es sah nicht, was doch kam und kommen mußte. Nur eine Minderzahl spürte des neuen Weises Wehen; doch war sie schwach und einflußlos. Der Pakt von 1815 war die große Formel, an die man glaubte, hinter der man sich verschlangte, und selber einmauerte. Dem ein thatenlustig Bürgerthum war entstanden, dem die alten verschrottelten Formen lästig, unerträglich waren. Es las die verbleichte Schrift der Helvetik mit wachsendem Eifer, ließ ihre wärmenden Ideen auf sich einströmen und da die Revision ihm verweigert wurde, schritt es zur Rebellion, die 1830 anhub und erst mit 1847 abschloß. Die Gegner durften mit Zug verlinken, die Anarchie sei an der Tagesordnung; sie verschwiegen nur

Chikanen, daß wir doch noch von Haus und Hof weg müssen. Laß es sein, Mann! Er hat mehr Macht wie wir. Wenn wir auch das beste Recht von der Welt haben — nun? Er bläst es einfach um, denn er hat einen großen Sack voll Geld, und wir sind so nah am Ende. O Gott, o Gott!“

Sie mußte noch lange auf ihn einreden. Er könne ja diese Geschichte immer noch auspielen, wenn denn der andere gar keinen Frieden gäbe, als letzten Trumpf. Aber erst abwarten, ob Kendlmann jetzt nicht vielleicht Ruhe hielte, ihn nicht noch obendrein reizte. Endlich gab ihr Mann nach. Er verschloß sein Papier sorgfältigst.

Während Schwarz sich in Untersuchungshaft befand, waren die Landschaftszinsen fällig geworden. Seine Frau hatte die Landschaft um Stundung bis zum 1. Februar gebeten, was ihr auch bewilligt wurde.

Anfang Januar zahlte Schwarz kontraktmäßig pünktlich die Grundzinsen an Kendlmann. Von da an sparte sich die Familie das Brot vom Mund ab, um am 1. Februar die Landschaftszinsen zahlen zu können.

Aber schon in der dritten Woche des Januar kam an Schwarz ein Schreiben vom Landgericht Hohenthal, des Inhalts: Ihr Grundstück, Gehöft und Wohnhaus ist wegen 246 Mark Landschaftszinsen und Amortisation zur Zwangsversteigerung gestellt.

Schwarz frug unverzüglich beim Landschaftsamt an, wieso man ihn jetzt vor Ablauf der Frist ermitteln wolle, während man doch seiner Frau Stundung der Zinsen bis 1. Februar bewilligt hätte?! Es wurde ihm der Bescheid, Kendlmann habe bei der Landschaft als Hypothekengläubiger eine Beschwere schrift eingereicht, des Inhalts, man möge das Gut sofort versteigern. Denn auf demselben befände sich alles in einem Zustande unbeschreiblicher Verwahrlosung. Das Vieh verhung're, die Felder lägen brach, die Gebäulichkeiten seien dem Zerfall nah. Er fürchte, ganz um seine hypothe-

etische, daß sie die bornirten Väter dieses Zustandes waren. Und Siegwart-Müller erwies, indem er die Jesuiten herbeirief, dem Radikalismus einen ganz unschätzbaren Dienst; der darob besorgt werdende Protestantismus schwenkte zu diesem ab, verfluchte seine Reiben, der konfessionelle Gegenatz verschärfte den politischen Konflikt.

Dem tobenden Strom ein Bett zu graben vermochte nur eine zentrale Macht und diese fehlte. Die Tagesvermuthung sei ein abgenutzter faulender Körper, warf der Basellandschäftler Hug schon 1835 der hohen Behörde hin, und schoner werde es erst, wenn man ihr einmal die Leichenrede halte. Die Orgelstengen murrtun — und lebten weiter an ihren Stählen, das offizielle Siechthum dauerte fort. Es war eine Aktion des Jornes, so ehrlich wie nur eine, als endlich das Volk die Thore eintraunte und seinen Doktoren zu Leibe ging. Die Freischaren hatten Buchstaben und Bundesbrief gegen sich, man mochte sie ruchlos schelten, aber es war nur erfolglos, was ewig geschah und ewig geschehen wird, wo die Vergangenheit sich zum Tyrannen über das frisch pulstrende Leben aufwirft. Die Katastrophe ist unvermeidlich. . .

Grausig war der Abend nach dem Morgen, da die Freischaar mit klingendem Spiel aufgerückt war. Nicht der Tapferkeit des Feindes, der eigenen Nativität, dem Wirrwarr und Zufall war sie unterlegen. Die Reaktionen hätten daraus lernen, zum theil mit Anstand sich retten können, wenn sie der Einsicht noch fähig gewesen wären. Der Nachdruck überzog, die plumpes Faust hatte das Wort. Man mag es bei Gelegheit lesen, der bis zum letzten Hauch doch auch ein Intransigent war, wie klar-blickende Konservative sich ob dem Gebahren der herrschenden Altrique ärgerten. Nun erst ward klar, daß nicht an Frieden zu denken sei; die Luzerner Regierung legitimirte den Aufruhr. Die Freischaren waren zerprengt, verbannten ihre Wunden, aber ihr Blut bängte eine frische Saat. Der Drang war ungebrochen, er schwoh noch mächtiger an als zuvor und riß auch Bedächtige mit. Die alte Zeit hatte sich erschöpft. Ihre Uhr war abgelaufen, die neue setzte ihr den Fuß auf den Nacken und verfuhr nicht durchweg glimpflich; im Kampfe weicht die Blume zarter Schonung nicht. Der Mensch tritt vorwärts in die Welt ein, — die Völker stöhnen schmerzvoll an den Wendepunkten ihres Daseins.

Nicht gilt es, die zu höhnen, die einst gebüßt. Errichten Italiener und Oesterreicher auf den Feldern, wo sie 1859 heiß gerungen, gemeinsam den Todten Denkmal und fällt es im deutschen Norden niemand ein, die Schlachten zu preisen, durch welche der Süden 1866 bezwungen wurde, stünde es uns Schweizern schlecht an, den Groß wieder anzublauen, der vor einem halben Jahrhundert die Brüder trennte. Nein, so heiter die Stunde der Erinnerung werden mag, es wohnt ein rauher Ernst ihr inne, und weg- und unbedeutend ist er nicht. Wer die Freischaren hochleben läßt, läßt auch die Revolution als Recht des Volkes hochleben und betritt damit einen Pfad, den unser Bundesanwaltschaft von Unten wegen nicht billigt; es gab auch noch keinen solchen Funktionär, als Ochsenbein die Ordres an seinen Stab verschickte.

So die „Zürcher Post“! Also ein richtiger und regelrechter Triumph des Umsturzes am 1. April in Luzern. Ja, ja der Umsturz! Es lebe der Umsturz! Umsturz ist Leben. Das Leben

karischen Ansprüche zu kommen, wenn das so weiter ginge. Denn dann würde das in Grund und Boden ruinirte Gut schließlich bei der Versteigerung nicht einmal die Hälfte der Hypothekensumme einbringen. Auch benutzte Schwarz die Frist nur, um inzwischen alles, was auf der Besichtigung nicht nie- und nagelstet sei, zu verkaufen oder zu verschleppen. Daraufhin hatte die Landschaft die schon ausgesprochene Stundung wieder zurückgenommen.

„Nun, was hab' ich gesagt?“ schrie Schwarz, wie er zurückkam, seine Frau an. „Eine neue Niederrichtigkeit von diesem elenden Hund! Du aber auch mit Deinem Leisetreten und zu Kreuz kriechen! Hät' ich ihn doch längst demuzirt — dann säß' er jetzt schon hinter Schloß und Riegel.“

„Was hast Du dem Herrn v. Wagensfeld gesagt?“ entgegnete sie.

„Daß es elende Lügen sind — was sollt' ich sonst sagen? — Elende Lügen, Herr Landschaftsrath, vom ersten bis zum letzten Wort! Kommen Sie selbst, Herr Rath, (hab' ich gesagt), ich bitte recht sehr darum! Ueberzeugen Sie sich mit Ihren eigenen Augen, wie es auf meinem Gut steht!“

Der Landschaftsrath, ein Großgrundbesitzer und Major a. D., der zwar ursprünglich von Kendlmann durch Schweifmedeleien gewonnen war, hatte nun doch in persönlicher Berührung mit Schwarz einen sehr günstigen Eindruck von dessen schlichten, männlich festem Wesen bekommen. Weil Schwarz obendrein Unteroffizier der Reserve war und die beiden Kriege mitgemacht hatte, fuhr Herr v. Wagensfeld schon nach wenig Tagen an seinem Hofsaun vor, um der Sache auf den Grund zu gehen.

Die Inspektion überraschte ihn aufs äußerste: „Aber, Mann — das ist ja geradezu eine Musterwirthschaft! Wie kann denn der Kendlmann —! Er hat uns schmählich an der Nase herumgeführt.“

„Freut mich, Herr Rath, daß Ihnen meine Wirthschaft

ist Umsturz. Ohne Umsturz kein Leben: ohne Umsturz keine Geschichte. Die Geschichte ist der Umsturz in Permanenz. Umsturz und nichts als Umsturz. Die Natur selbst ist die umstürzlerischste Umstürzlerin. Das alte Laub muß umgestürzt werden, damit das neue ausschlagen kann — gar nicht zu reden von den fortwährenden Revolutionen und Umstürzen der Weltkörper. Und der Mensch — ist nicht jeder Mensch ein Umstürzler? Auch die am lautesten gegen den Umsturz schreien? Stumm, der Vater der Umsturzvorlage, hat er, der Großindustrielle, nicht tausende von Kleingewerbetreibenden umgestürzt, oder wenigstens die Grundlagen, auf der sie stehen könnten? Bismarck, der heilige Schutzpatron aller Klagenweiber des Umsturzes, hat es je einen ärgeren Umstürzler gegeben? Hat er nicht umgestürzt, was sein Vorgänger Metternich aufgebaut? Hat er nicht Throne umgestürzt? Verfassungen umgestürzt? Recht, Freiheit, Moral und sonstige „Sentimentalitäten“ dieser Art umgestürzt, umgestürzt und nochmals umgestürzt? Der Dichter, welcher da sagte: „Alles was besteht, ist werth, daß es zu Grunde geht“, hat damit bloß das Evangelium des Umsturzes gepredigt: „Alles was besteht, muß umgestürzt werden. Alles Wachsen ist umstürzen. Und wo kein Wachstum, da ist der Tod. Nur hilflose Beschränktheit oder rücksichtslose Selbstsucht kann sich ärgern, daß das wachsende Leben sein Recht heischt und lustig umstürzt, wodurch es am Wachsen gehindert wird. Mit dem Kerger ist aber zum Glück nichts erreicht — auch wenn er sich zur Wuth steigert und zu Handlungen der Wuth.“

Wie den Freischaren vor Luzern im Jahre 1845 erging es 14 Jahre später drüben in der großen amerikanischen Republik John Brown und seinen Freischaren, welche die Herrschaft der Sklavenbarone mit saumt der Sklaverei umstürzen wollten. Es war noch zu früh. Und die siegreichen Sklavenbarone waren grausamer als die schweizer Jesuiten — am 2. Dezember 1859 wurde John Brown „von Rechts wegen“ gehängt. Das ewige Natur- und Menschenrecht des Umsturzes war damit in der „Neuen Welt“ umgestürzt, bis es sich mit Elementargewalt wieder zur Geltung brachte. Ein Jahr und drei Monate später erscholl in der ganzen amerikanischen Union der Ruf: „Nieder mit der Sklaverei! Es lebe der Umsturz!“ Und nach vier Jahren war der Bund der Sklavenbarone umgestürzt mit saumt der Sklaverei.

Und wenn das deutsche Volk jetzt seine Schuldigkeit thut gegen die Ritter des Umsturzes und der Umsturzvorlage, dann werden diese Ersumstürzer, welche das Grundgesetz der Natur und der menschlichen Entwicklung umstürzen wollen, ihrerseits bald dem ehernen Umsturzgesetz verfallen und umgestürzt sein.

Die Osterferien eignen sich vortreflich zu dieser Umsturzarbeit. Und wer den frühlichen Umsturz nicht stark genug in seiner Brust fühlt, der wandle hinaus zur Altmutter Natur und schaue ihr zu, wie sie ihr welt-erneuerndes Umsturzwerk verrichtet und Bahn schafft dem jungen, grünen Leben.

Es lebe der Umsturz! Nieder die Umsturzvorlage!

Politische Ueberflut.

Berlin, 4. April.

Im Abgeordnetenhaus war heute Ferienstimmung. Man drängte zum Schluß. So wurden denn die vorliegenden Sachen möglichst schnell ohne Debatte erledigt. Nur darüber wurden einige Erklärungen der Regierung nöthig, ob es wahr sei, daß aus deutschen Gefängnissen Waaren mit ausländischen Firmenstempeln in die betr. Länder gegangen wären, — und die aus diesen Ländern gekommenen Klagen waren, nach den gegebenen Regierungserklärungen, nicht ganz unbegründet. Die Arbeiter in jenen Ländern leiden unter

gefällt. Aber es würde noch ganz anders sein, wenn mich dieser Mensch nicht seit Jahren verfolgte, wie ein Dachshund die Fuchspur! Er läßt mich nicht aus. All' die Brände — all' die Chikanen — da kann man ja schließlich nicht mehr thun, als das direkt Nothwendige. Ich hätte wirklich eine Musterwirthschaft daraus gemacht. Und nun nur so mit Ach und Krach sich durchbeißen — für all' die jahrelange Mühe und Aufregung — ja, wenn ich Geld hätte! Wenn ich nur Maschinen kaufen könnte —!

„Sie scheinen in der That was zu verstehen. Unteroffizier der Reserve, nicht wahr? Sind Sie decorirt worden?“

„Zu Befehl, Herr Major! Eisernes Kreuz zweiter Klasse, 1871.“

„Om, hm. Werde thun, was ich nur eben kann. Ich habe sogar einen Einfall. Das beste wäre, sie kämen aus diesen Verhältnissen fort, ein für allemal. In eine andere Gegend, unter neue Nachbarn, auf eine größere Wirthschaft.“

„Zu gütig, Herr Rath! Wie gern lieb' ich hier alles stehen und liegen! Aber — auf eine größere Wirthschaft? Ich? Ohne Geld? Wie soll ich das anfangen?“

„Wie gesagt, ich habe einen Plan. Aber ich will besser noch nicht davon sprechen, ehe ich Ihnen bestimmtes mittheilen kann.“

Sie schieden in bester Freundschaft.

Die Kosten des vom Amtsgericht Hohenthal bereits eingeleiteten Zwangsversteigerungs-Verfahrens mußte Schwarz aber dennoch bezahlen. Sie betrugen 51,40 M. — für Schwarz, den zukünftigen Domänenpächter, wie ihn seine Frau bereits in freudigem Scherz genannt hatte, in seiner gegenwärtigen Lage eine recht beträchtliche Summe.

Die nächste Bodenzinszahlung an Reubelmann würde er nicht zum Fälligkeitstermin aufbringen können — das sah er mit zathlosem Schrecken voraus.

An einem Märzabend, als Schwarz nach Bogenau hinüber gefahren, um seinen alten Prinzipal, den Brenner, um Hilfe zu bitten, trat in die Schwarz'sche Wohnstube ganz ungenirt ein hagerer, etwas vorgebuckter Mann ein. Er hatte sich vorher durch einen Blick zwischen den Jalousieflängen überzeugt, daß Frau Schwarz allein sei.

Sie saß am Tisch und strickte einen Strumpf. Kummervoll schaute sie auf das nervöse Hin und Her der Nadeln, das in ihr ebensoviele verdörnte Gedanken ausschickte.

Wie sie jetzt den Eingedrungenen plötzlich vor sich erblickte, fuhr sie erschreckt in die Höhe, daß sie die Lampe fast umwarf.

„Reubelmann!! Was — was wollen Sie hier? Sie —!“

(Fortsetzung folgt.)

solcher Schmutzkonkurrenz natürlich sehr empfindlich. — Nach Erledigung dieser heißen Sache wurde für einige Wochen Ferien gemacht. Nächste Sitzung ist, ebenso wie im Reichstag, am 23. April. —

Wahlnachrichten. Bei der heutigen Erziehung im Wahlkreise Erstein-Molsheim erhielten nach vorläufiger Feststellung Unterstaatssekretär Born v. Dula 11751, Böhle (Sozialdemokrat) 5400 Stimmen. Zersplittert waren 540, ungültig 681 Stimmen. Der Konservative ist somit gewählt.

Bei der Wahl im Jahre 1893 erhielt der Konservative 18868, der Sozialdemokrat 8103 Stimmen. Man sieht also, wie auch in diesem reichsständischen Wahlkreis unsere Stimmen bedeutend zugenommen haben.

Im Wahlkreise Eisenach findet heute, am 4. April, Reichstags-Erziehung statt. Zur Wahl stehen folgende fünf Kandidaten: Bägold von den Sozialdemokraten, Casselmann von der Volkspartei, Niemann von den Antisemiten, Edel von den Nationalliberalen, Köfide vom Bund der Landwirthe und den Konservativen. Die Ultramontanen werden diesmal schon im ersten Gange zumeist für Casselmann stimmen.

Bei der Stichwahl im Jahre 1893 siegte dort die freisinnige Volkspartei gegen die Nationalliberalen. Für den Sozialdemokraten wurden bei der Hauptwahl 2469 Stimmen abgegeben. Doch hat die Sozialdemokratie auch in jenem Wahlkreise inzwischen bedeutend an Anhang gewonnen.

Auch in dem schlesischen Wahlkreise Döwenberg muß demnächst eine Reichstags-Nachwahl stattfinden, nachdem der bisherige konservative Vertreter des Kreises, Landrath v. Hollenker, als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Inneren berufen worden ist, wie bereits berichtet. Der Wahlkreis war bis 1892 im Besitze der freisinnigen Partei. Die Sozialdemokratie war bei den früheren Wahlen dort noch wenig vertreten. —

Bundesrath. In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurden die Beschlüsse des Reichstages zu dem von den Abgeordneten Müller und Dr. Dige eingebrachten Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung vom 12. März 1893, den Ausschüssen für Handel und Verkehr sowie für Justizwesen überwiesen. Denselben Ausschüssen wurde der Entwurf eines Vorgesetzes überwiesen. Die vom Reichstag bei der Verathung des Reichshandelsstaats für 1893/94 gefaßten Resolutionen wurden theils dem Reichstange, theils den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Der Bundesrath hat, nachdem die Bestimmungen über die Sonntagruhe für Industrie und Handwerk am 1. April in Kraft getreten sind, von größeren Verwaltungsarbeiten, die ihm schon seit längerer Zeit vorliegen, nur noch das neue amtliche **Warenverzeichnis zum Zolltarif** zu erledigen, das ihn schon Jahre hindurch beschäftigt. Jedem wird das Warenverzeichnis nicht vor dem 1. Juli Geltung erlangen; das Verzeichnis soll mindestens zwei Monate vor seiner Inkraftsetzung veröffentlicht werden, damit sich die interessirten Geschäftskreise in genügender Weise auf die sehr zahlreichen Änderungen vorbereiten können. —

Was ist eine „beschimpfende Aeußerung“? Bekanntlich soll nach der Umsturzvorlage in der Fassung, wie sie ihr die Centrumspartei zu geben beliebt hat, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden können, „wer öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen den Glauben an Gott oder das Christenthum angreift“. Die Verteidiger dieses Vorschlags wie überhaupt des § 166 berufen sich darauf, daß es sich nur um „beschimpfende“ Aeußerungen handele, diese aber könne man vermeiden, ohne dadurch der sachlichen Kritik irgend welche Beschränkung auferlegen zu brauchen. Dieser Einwurf wäre stichhaltig, wenn der Begriff „beschimpfend“ feststünde und nicht jeder sich etwas anderes darunter denken könnte. Wie sehr dies der Fall ist, dafür bietet eine uns dieser Tage zu Gesicht gekommene ältere Anklageschrift den Beleg.

Herr von Carstenn - Lichterfelde und die Sozialdemokratie.

Der durch seinen jahrelangen Streit mit dem Militärklub und seine unzähligen hierauf bezüglichen Erklärungen in der Tagespresse bekannt gewordene frühere Rittergutsbesitzer v. Carstenn veröffentlicht folgendes Schriftstück, das ihm angeblich von Parteigenossen der westlichen Vororte Berlins zugegangen sein soll:

„Zu unserm Erstaunen haben wir erfahren, daß Sie immer noch von Ihren konservativen Ansichten nicht ganz abgekommen zu sein scheinen, da Sie erst kürzlich von den Wählern positiver Richtung in die Gemeindevertretung Ihres Kirchensprengels gewählt worden sind.“

Wie ist es nur möglich, Herr v. Carstenn, daß ein Mann, der von dem Staate, den er beschenkt hat, in der Weise, wie Sie, behandelt worden ist, der einen genauen Blick in die Säckel der Bureaukratie genommen und am eigenen Leibe erfahren hat, wie wenig heutzutage auf Vertragstreue zu rechnen ist, — wie ist es möglich, daß ein solcher Mann nicht von der Unrichtigkeit seiner bisherigen politischen Ansichten überzeugt ist und seine konservative Gesinnung zu Grabe getragen hat! Wenn Sie durch das Nichthalten von Verträgen — Kontraktbrüche nennen Sie es in Ihren Druckschriften — seitens einer Behörde, durch „Ablaus“ Verfahren von Staatsorganen um Ihr Vermögen kommen, wenn Ihnen aber dann, als Sie an den Rand des Abgrundes gelangt, anstatt der rettenden Hand weitere — wie Sie sagen — „frivole“ Prozesse drohen, so müßten Sie sich doch notwendigerweise fragen, ob Sie durch Bethätigung Ihrer konservativen Gesinnung fernerhin einer Regierung Hilfe leisten können, bei welcher solche Dinge möglich waren, ob es nicht vielmehr eine Partei giebt, welche gerade die Bekämpfung solcher bestehenden Mißstände zu ihrer Aufgabe gemacht hat!

Es ist undenkbar, daß Sie bei solchen trüben Erfahrungen im innersten Herzen nicht den Lehren der Sozialdemokratie zuweichen sollten, einer Partei, welche lediglich auf gesetzlichem Wege dasjenige zu ändern sich bestrebt, was „faul“ im Staate ist!

Von besonderem Werthe für uns bei den zukünftigen Wahlen aber wäre es, wenn Sie mit Ihrem hohen Ansehen und Vertrauen, das Sie im ganzen Kreise Teltow genießen, unsere Bestrebungen unterstützen würden. Wahrlich, kein ehrlicher Mann, einseitig der Sozialdemokraten, würde Ihnen, wenn Sie in diesem Wahlkreise kandidiren würden, seine Stimme versagen, da jedermann weiß, daß Sie interesselos und nur bestrebt sind, dem Recht und der Gerechtigkeit in energischer Weise Geltung zu verschaffen. Ihre reichen Erfahrungen aber würden uns auch bei der bevorstehenden Landtagitation die größten Dienste leisten!

Wir bitten Sie um Nachsicht, ob Sie mit uns in Verbindung zu treten geneigt sind. Die Parteileitung hat von unserm Vorhaben keine Kenntniss, da wir uns vorerst vergewissern wollen, ob Geneigtheit Ihrerseits zu Verhandlungen vorhanden ist. In diesem Falle bitten wir Sie, uns durch ein entsprechendes Inserat im „Vorwärts“ zu benachrichtigen. Wir werden dann

Danach soll der Angeklagte in einer Privatunterhaltung geäußert haben: „Maria sei nicht nur die Mutter Fein gewesen, sondern sie habe außerdem noch mehrere Kinder geboren.“ — In dieser Aeußerung sah die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen den § 166, Beschimpfung einer kirchlichen Einrichtung, des katholischen Marienkultus, und erhob sie Anklage, welcher seitens des Gerichtes auch Folge gegeben wurde.

Wenn solche Dinge heute schon möglich sind — und der Fall steht durchaus nicht vereinzelt da — auf was kann man sich erst gefaßt machen, wenn der § 166 in der neuen Fassung Gesetz ist. —

„Von dem Ausnahmegesetz gegen die führenden Klassen“ schreibt heute wehlagend in einem langen Zeitartikel die „Kölnische Zeitung“. Das „Ausnahmegesetz gegen die führenden Klassen“ soll das Umsturzgesetz sein. Ein Ausnahmegesetz gegen die arbeitenden Klassen wäre der „Kölnischen Zeitung“ ganz recht gewesen. Nun — könnten wir je einer Politik der Bosheit Geschmack abgewinnen, so würden wir uns herzlich über das Umsturzgesetz freuen.

Uebrigens ist der Ausdruck des Kölner Progenblattes nicht ganz zutreffend. Nicht „gegen die führenden Klassen“ wendet sich das Umsturzgesetz, sondern gegen die arbeitenden Klassen. Während es diesen unmöglich machen will, für ihre Forderungen einzutreten, verbietet es den „führenden Klassen“ bloß gewisse Späße und Liebhabereien, die gar keine ernstliche Bedeutung haben. Allein das schon ist den Herren „Führenden“ zu viel. Daß ihren politischen Gegnern der Hals umgedreht werde, das ist in der Ordnung — daß ihnen selbst bei dieser Gelegenheit auch nur ein Haar gekrümmt werde, das ist himmelschreiendes Unrecht, da schreien sie Zeter und Mordio. Zur Erweiterung der Leser theilen wir folgendes Stilproben aus dem Artikel mit:

Es ist Zeit, daß die Regierung Klarheit darüber schafft, wie sie zu dem frechen Plane eines unzulässigen Ultramontanismus steht, die Umsturzvorlage zu einem Ausnahmegesetz gegen die gebildeten Klassen, gegen das denkende, forschende, experimentirende, dachtende, wachsende Deutschland umzugelien. Wir meinen, die einfachste Klugheit müßte der Regierung gebieten, hier aus schleimigke jeden Zweifel zu beseitigen. Angesichts der Anzeichen einer latinalischen Entartung, die in der konservativen Presse und Partei hervortreten — Krankheitssymptomen, von deren näherer Kennzeichnung wir noch absehen — ist die Regierung darauf angewiesen, in dem freien, nationalgeheilten Bürgerthum in Stadt und Land eine zuverlässige Stütze zu suchen. Dieses stolze Bürgerthum aber denkt nicht daran, sich von einigen Lichtscheuen und zurückgebliebenen Köpfen vordrängen zu lassen, was es denken und was es nicht denken soll. Es ist ein ebenso phantastisches als brutales Beginnen, mittelalterliche Vorstellungen, die nun einmal vor dem unbestechlichen Richterstuhl der Vernunft gerichtet sind, durch den Polizeihof vor dem Absterben zu bewahren. Der Staat, der sich auf diese unterstützungsbedürftigen Gesellschaftsretter stützen wollte, würde einen antiliberalen Panatismus entzünden, den wir im Interesse des Friedens nur bedauern könnten. Wir erwarten also, daß die Regierung in Sachen der Jesuiten wie in Sachen der Umsturzvorlage ihr Licht nicht länger unter den Scheffel stellt.

Wer lacht da nicht? „Klarheit“ will die „Kölnische Zeitung“. Wir dächten, die Lage wäre verzweifelt „klar“, trotz Biazakurs und „Chaos“.

Stumm, Hammerstein und der Staatsanwalt. Gegen Herrn von Stumm, den gewohnheitsmäßigen Duellanten, ist wegen seiner letzten flagranten Gesetzesübertretung von der Staatsanwaltschaft noch keine Anklage erhoben worden. In dem Falle Castan haben wir ja gesehen, daß Staatsanwälte mitunter eine sehr große Abneigung gegen die Erhebung von Anklagen haben — eine Abneigung, die zu der außerordentlichen Stizigkeit in anderen, nach gewöhnlichem Urtheil oft weit weniger wichtigen Fällen, in seltsamem Kontrast steht; allein im Falle Castan lag eine direkte Denunziation

und ungesäumt erlauben, zu Ihnen zu kommen. Hochachtungsvoll Einige Sozialdemokraten.“

Unter diesem von Herrn v. Carstenn in bürgerliche Zeitungen lanzirten Schriftstück veröffentlicht dieser Herr die folgende Antwort:

„Ich erwidere den Absendern, daß es mir angemessener erschienen wäre, wenn vorstehendes Schreiben nicht anonym gewesen, oder die Absender ohne schriftliche Vorfrage zu mir gekommen wären.“

In der Sache selbst bemerke ich, daß ich den Lehren der Sozialdemokratie, soweit sie darauf abzielen, Ordnung und Gerechtigkeit in die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung zu bringen, durchaus sympathisch gegenüberstehe, solange zur Erreichung dieser idealen Zwecke gesetzliche Mittel angewendet werden. Aus dem Vorgehen der sozialdemokratischen Partei im Falle Leitz habe ich ersehen, daß nicht nur die internen, sondern auch die überserischen Verhältnisse der Aufmerksamkeit derselben nicht entgehen. Jeder rechtlich denkende Mensch muß der Partei dafür dankbar sein.

Soweit die sozialistische Lehre sich aber gegen Religion, Kirche und Monarchie richtet und die erstere durch naturalistische Anschauungen, letztere durch utopische Staatsformen ersetzen will, bin ich für dieselbe nicht zu haben.

Man wird eine solche Umwandlung von mir selbst dann nicht erwarten können, wenn ich, wie dies thatsächlich geschehen, vom Staate bei Ablieferung meiner Schenkung, gelinde gesagt, sehr illoyal behandelt worden bin. Nachweisbare und nachgewiesene Ungerechtigkeiten und Entstellungen der Wahrheit seitens der Organe der Behörden sind selbst dann, wenn sie von den Beamten auch nur vorgenommen sind in dem Bestreben, ihr fehlerhaftes Verhalten nicht an den Tag kommen zu lassen, nicht nur sehr bedenklich, sondern sogar höchst gefährlich. v. Carstenn-Lichterfelde.“

Herr v. Carstenn sieht, die vollste Loyalität gegen jedermann, die immer unser Prinzip, ist auch gegen ihn gewahrt. Wir drucken beide Schriftstücke vollinhaltlich ab.

Aber nun zur Sache selbst. Das anonyme, angeblich von Sozialdemokraten ausgehende Anschreiben an Herrn von Carstenn geht entweder von Leuten aus, die sich vielleicht für Sozialdemokraten halten mögen, von der Sozialdemokratie in Wirklichkeit aber keine Ahnung haben; — oder irgend jemand hat sich mit dem Herrn einen schlechten, aber einen sehr schlechten Witz gemacht; — oder Herr von Carstenn hat das Ganze erfunden, um für sich **Kellame** zu machen.

Daß das angebliche Anschreiben nicht von Sozialdemokraten ausgeht, liegt klar auf der Hand. Es ist ganz unlogisch. Die Erfahrungen, die Herr von Carstenn mit den preussischen Behörden gemacht hat, brauchen für ihn, der sich in sehr guten Vermögensverhältnissen befindet und sehr luxuriös leben kann, ohne daß er zu irgend welcher Arbeit gezwungen ist, durchaus kein Motiv zu sein, Sozialdemokrat zu werden. Man kann der

vor. Und im Falle Stumm wird sich wohl niemand an die Staatsanwaltschaft gewandt haben. Das ist indes keine ausreichende Erklärung. Denn in notorischen Fällen der Gesetzesübertretung, d. h. wenn die Thatsache der Gesetzesübertretung offenkundig und unzweifelhaft vorliegt, hat die Staatsanwaltschaft aus eigener Initiative einzuschreiten. Das ist dem Freiherrn von Stumm gegenüber nicht geschehen.

Warum nicht?
Und da wir gerade mit der Staatsanwaltschaft zu reden haben, hier eine zweite Frage.

Wir theilten gestern mit, was ein Frankfurter Blatt betreffend den Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“, Führer der konservativen Partei, und — gleich Freiherrn v. Stumm Hauptmacher des Umsturzes — wir meinen den Freiherrn von Hammerstein, mitgetheilt hat. Was da über ihn gesagt ist, wird seit Wochen in allen politischen Kreisen Berlins erzählt, ist von allen Parteien des Reichstages — die konservative allein ausgenommen — erzählt und geglaubt worden.

So lange niemand das Erzählte in die Presse brachte, kann man vermuthen, daß die Staatsanwaltschaft nichts gehört hat. Allein jetzt ist der Sauber gebrochen — die Thatsache ist notorisch geworden. Und die behaupteten Thatsachen sind gesetzlich strafbare Handlungen.

Nun nennt freilich Freiherr von Hammerstein heute in der „Kreuz-Zeitung“ die „Angriffe“ gegen die „Kreuz-Zeitung“ (?) und seine Person „lägerlich“ und „niederträchtig“ und kündigt eine Klage an. Dasselbe thun aber die meisten Anführer, daß haben auch verschiedene Arbeitervereins-Kassire gethan, denen die Unterschlagung von einigen Mark zur Last gelegt ward, und doch hat in diesen Fällen die Staatsanwaltschaft sehr rasch eingegriffen.

Wird sie dies dem Freiherrn von Hammerstein gegenüber thun? Und wenn nicht, warum nicht?

Die Beleidigungsklage, die von Hammerstein angestrengt hat, ist kein Hinderniß für das Einschreiten des Staatsanwalts.

Die in der „Kreuz-Zeitung“ veröffentlichte Erklärung des Herrn von Hammerstein lautet folgendermaßen:

Die Frankfurter „Kleine Presse“ bringt eine auch in andere Zeitungen übergegangene Korrespondenz aus Berlin, welche von niederträchtigen und lägerlichen Angriffen gegen die „Kreuz-Zeitung“ und meine Person froht. Da dieser Pfeil aus dem Hinterhalt, anonym abgeschossen ist, so bleibt mir nur die Verleumdungsklage übrig. Mein Rechtsanwalt ist dazu bereits beauftragt.

Berlin, 3. April.

Frhr. v. Hammerstein.

Die Polen und die Umsturzvorlage. Schon am Dienstag machten wir darauf aufmerksam, welchen Zwang das Zentrum ausübte, um eine möglichst große Mehrheit für seine Anträge in der Umsturzkommission zu erzielen. Wir wiesen auf die Thatsache, daß der Pole Wolzlegier, welcher gegen den § 111a gestimmt und erklärt hatte, für die Vorlage mit diesem Paragraphen nicht stimmen zu können, durch das Zentrum gezwungen, in letzter Stunde aus der Kommission auszuscheiden und einem geschmeidigeren Herrn Plaz machen mußte. Diese unsere Mittheilungen werden jetzt auch in anderen Zeitungen näher beleuchtet. So lesen wir:

Kurz vor der zweiten Lesung der Vorlage in der Kommission erschien im Reichstage Herr von Romierowski, der den ganzen Winter hindurch den Verhandlungen fern geblieben war. Obwohl Herr v. Romierowski den Verlauf der Kommissionsberathungen gar nicht kannte, trat er sofort für die Vorlage ein. Es gab harte Kämpfe innerhalb der Fraktion, und der Abg. v. Wolzlegier unterlag. Herr v. Wolzlegier stellte sofort das ihm übertragenen Mandat, die Fraktion in der Kommission zu vertreten, zur Verfügung, und so fehlte er bei der Schlussabstimmung, die von dem neu ernannten Vertreter der Fraktion im Sinne der Zentrumspartei vollzogen wurde. In der Zentrumspartei laufen auch die Häden zusammen, die zu dem Umfall der Polen geführt haben. Schon lange vor der zweiten Lesung in der Kommission ist von jener Seite die schließliche Abstimmung vorbereitet worden. Das Verhalten der Polen ist ein voll-

wüthenhafte Querschnitt sein, man kann auf alle Gerichte schimpfen, mit allen Behörden auf Haufen und Stechen stehen und doch der beste „Patriot“ sein. Außerdem ist Herr von Carstenn beim arbeitenden Volk des Kreises Lettow eine ganz gleichgültige und trotz aller Reklamen ganz unbekannt Persönlichkeit, — und endlich ist der Kreis bereits sozialdemokratisch vertreten.

Also Sozialdemokraten haben das schnurrige Schriftstück nicht verfaßt. Eher könnte sich jemand einen Witz gemacht und Herrn von Carstenn etwas aufgezogen haben. Und wenn wir voraussetzen, daß der kursive Brief dem Herrn vielleicht am 1. April zugegangen ist, so wäre damit ja alles erklärt.

Aber näher liegt für uns und ist am wahrscheinlichsten, daß Herr v. Carstenn beides, Brief und Antwort, selber gedichtet hat, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, Reklame zu machen und irgend welcher behördlichen Stelle gegenüber, an die er vielleicht gerade eine seiner zahlreichen Petitionen gerichtet hat, seine königstreue Gesinnungstüchtigkeit zu demonstrieren. Die ja genügend bekannte Geschicklichkeit dieses Herrn im Inszenieren öffentlichen Lamtams, die Art, wie in dem „sozialdemokratischen“ Schreiben die Verdienste des Herrn v. Carstenn, von denen sonst niemand irgends weiß, gepriesen werden, macht die Annahme, daß Herr v. Carstenn selber der „Sozialdemokrat“ ist, der ihn beweisbräucher, für und zur Gewißheit. — Nun, hoffentlich hat sich Herr v. Carstenn nicht umsonst bemüht.

Literarisches.

Davila-Larrain. B. Chile. Publication officielle. 85 S. 8°.

Die Ackerbau-Kolonien in der Republik Chile. Mit einer Karte. Mittheilung nach offiziellen Daten. Paris. L'Agonoe générale du Gouvernement de Chili en Europe. 1895. 17 S. 8°.

Diese beiden Schriften verfolgen den Zweck, den Strom der Auswanderung nach der südamerikanischen Republik am Stillen Ocean zu leiten. Sie schildern die Zustände in Chile in den besten Jahren. Der Zweck der Broschüren muß das stärkste Mißtrauen gegen die in denselben gemachten Angaben herausfordern. Sie sind Reklameschriften, die natürlich die Schattenseiten des Landes verschweigen und die Vorzüge lärmend übertreiben. Wahrscheinlich werden diese Broschüren in der nächsten Zeit in Massen in Deutschland verbreitet werden. Wir warnen unsere Leser, den Angaben in denselben kritisch Glauben zu schenken. Von der Auswanderung nach der Republik am Stillen Ocean, von wo die Rückkehr so außerordentlich schwierig ist, muß unsere Trachten auf das allerentschiedenste abgerathen werden.

giltiger, äußerlich wahrnehmbarer Beweis dieser Arbeit. Die Niederlage des Abg. v. Wolzlegier in der polnischen Fraktion gewinnt unter diesem Gesichtspunkt eine größere Bedeutung, als man ihr sonst beizulegen geneigt wäre. Die Polen haben die Tabaksteuer und den Finanzautomaten im Gegensatz zu ihrer vorjährigen Haltung in diesem Jahre abgelehnt. Auch das war im wesentlichen dem Einfluß des Abg. v. Wolzlegier zu danken. Dessen Niederlage bei der Umsturzvorlage kann leicht auch für diese Gesetze von Bedeutung werden.

Er kennt sie! Im „Deutschen Wochenblatt“ erzählt der Abg. Arendt, was ihm Fürst Bismarck vor einigen Jahren über die Konservativen mitgetheilt hat:

„Die Konservativen sind meist zu satt, deshalb zu wenig thätig — ist einmal einer tüchtig im Parlament, so holt ihn sich die Regierung. Dieser Verbrauch der tüchtigsten konservativen Kräfte durch die Regierung schädigt die Konservativen.“ — Für viele ist das Parlament mehr Sport, man lebt gern ein paar Monat in Berlin, geht zum Frühstück ins Haus, wenn's dann zur Abstimmung klingelt, wischt man sich rasch den Mund ab, stürzt in den Saal und fragt: „Wie stimmen wir?“ — daher der Einfluß der Fraktionshäupter.“

Otto kennt seine Leute! —

„Eine alberne Bemerkung“ nennt es die „Freisinnige Zeitung“, daß wir des im Reichstage kolportierten Gerüchtes Erwähnung thaten, daß der Abgeordnete Lenzmann bei der Schlussberathung der Umsturzvorlage, sowohl gelegentlich der ersten wie der zweiten Lesung geseht habe, angeblich weil er als Reserve-Offizier den Erörterungen über das Duell habe aus dem Wege gehen wollen. Das freisinnige Blatt meint, Herr Lenzmann habe gerichtliche Termine wahrzunehmen gehabt, und außerdem sei er über 50 Jahre alt, woraus wir hätten entnehmen können, daß für ihn keine Rücksichten auf irgend ein Militärverhältnis in Betracht kommen können.

Was den letzteren Punkt betrifft, so mag die „Freisinnige Zeitung“ recht haben, uns ist der Geburtstag des Vertreters für Altona-Neerloh nicht bekannt. Was aber unsere Notiz über Herrn Lenzmann's Stellung zu den Duellparagrafen anbelangt, so haben wir nur mitgetheilt, was im Reichstage in Kreisen erzählt wurde, welche Herrn Lenzmann politisch viel näher stehen als uns. Daß der Umstand, daß gerade immer, wenn die Duellparagrafen zur Debatte standen, Herr Lenzmann durch „gerichtliche Termine“ an der Anwesenheit verhindert war, ein „Zusatz“ ist, der zu Mißdeutungen führen kann, wird auch Herr Richter nicht bestreiten wollen, besonders wenn er bedenkt, um welche entwicklungs-fähigen Politiker es sich bei Herrn Lenzmann handelt. —

Herr Miquel ist nicht Bimetallist. Er ist den Agrariern ja gerne gefällig, aber er merkt wohl, daß augenblicklich an den „höheren“ Stellen keine Stimmung für Bimetallismus ist, und so läßt er durch die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: „Die durch die Zeitungen gehende Mittheilung, der Finanzminister Dr. Miquel habe sich im Staatsrath in ungewöhnlich bimetallistischem Sinne ausgesprochen, ist vollständig unzutreffend, was ja schon aus der Thatsache hervorgeht, daß die den Verhandlungen des Staatsrathes beiwohnenden Minister sich bekanntlich an der Debatte gar nicht betheiligt haben.“

Der Betrag der preussischen Staatsschuld belief sich nach dem Bericht der Staatsschulden-Kommission im Rechnungsjahr 1893/94 am 31. März 1894 auf 6 368 098 953,54 M. gegen 6 289 899 529,93 M. am 31. März 1893. — Also beinahe 180 Millionen Mark mehr Schulden, wie im Vorjahr! —

Ueber die Verschleppung der Einkommensteuer-Reklamationen wird in der Presse geklagt. Bis in das Jahr 1895 habe das Obergericht noch an den Entscheidungen für das Steuerjahr 1892/93 zu thun gehabt. Ueber 7000 Beschwerden des Jahres 1893/94 und alle des Jahres 1894/95 — es sollen 13 000 sein — hatten noch der Entscheidung durch das Obergericht zu warten. Dem Nothstande müsse in der Art abgeholfen werden, wie es früher, als der Finanzminister die höchste Instanz bildete, geschah, daß schließlich durch Hilfskräfte diese rückständigen 20 000 Beschwerden in Steuerfällen aus den Jahren 1898 und 1894 bis zum Schlusse des Kalenderjahres 1895 in der Hauptsache erledigt werden. —

Ueber Pressverantwortlichkeit für Druckfehler hat das Reichsgericht sich in einer neulichen Entscheidung dahin ausgesprochen, daß das Reichspressgesetz kein bloß formales Ordnungs-vergehen, sondern ein eigentliches Fahrlässigkeitsdelikt statuiert. Der Redakteur sei nur strafbar, wenn er „fabrikmäßig“ gehandelt habe. Als unzutreffend wird es bezeichnet, daß der Redakteur die Pflicht habe, entweder die Korrektur seiner Zeitung zu besorgen oder doch diese Korrektur periodisch zu kontrollieren. Im Wesen der Redaktions-thätigkeit liegt nur die Sammlung, Sichtung, Zusammenstellung des zu veröffentlichenden Stoffes. Daß der Redakteur für die druckmäßige Herstellung des Presserzeugnisses sich der technischen Hilfskräfte bedienen kann und muß, ist selbstverständlich. Zu diesen Hilfskräften gehört der Korrektor nach auch der den rohen Satz nachprüfende Korrektor. Trifft den Redakteur in der Auswahl dieses Personals keine Schuld und sieht im übrigen lediglich ein Versehen des letzteren in Frage, wie es trotz der Anwendung äußerster Sorgfalt abseits der tüchtigsten Seher und Korrektoren unvermeidlich mitunterläuft, so ist nicht abzusehen, wie hier den Redakteur noch die Verantwortlichkeit für ein fahrlässiges von ihm verschuldetes Pressvergehen treffen könnte. —

Der Deutsche Handelsstag, der heute tagte, hat mit bezug auf die Währungsfrage folgende Resolution angenommen:

Der Deutsche Handelsstag befähigt nach wiederholter und eingehender Berathung in den Kreisen des deutschen Handelsstandes seine bereits am 12. März 1896 und am 22. Februar 1895 abgegebenen Erklärungen, wonach die erwerbsthätigen Kreise des Handels und der Industrie in jeder Erörterung unserer wohlgeordneten deutschen Goldwährung eine fundamentale Schädigung des gesammten deutschen Wirtschaftslebens erblicken müssen. Der Deutsche Handelsstag vertraut deshalb fest auf die vom Fürsten Reichskanzler in der Reichstags-Sitzung vom 15. Februar d. J. abgegebene Erklärung, wonach die Regierung keinerlei Verhandlung in Aussicht nimmt, durch welche den Grund-lagen der deutschen Reichswährung präjudicirt würde.

In Oesterreich haben bei den Wiener Gemeindegewahlen die Antisemiten gefehlt, so daß sie im Gemeinderath der Liberalen an Zahl fast gleich sind. Daß der Antisemitismus in Oesterreich und namentlich in Wien zu einer Macht werden konnte, ist das denkbar schlechteste Zeugniß für die dort herrschenden Zustände. Nur aus dem faulen Morast verrotteter Zustände kann diese Sumpfpflanze hervorwachsen, und nur wo die Massen der Bevölkerung systematisch verdammt worden sind. Das Bürgerthum in Oesterreich ist durch und durch faul — die Korruption auf allen Gebieten des Staats- und Gesellschaftslebens ungläublich. Die Regierung greift nicht ein, sie hat weder Willen noch Kraft — die Arbeiter sind rechtlos und gewaltsam unterdrückt. Da muß ein Theil des Volkes sich den Charlatanen in die Arme werfen, die Heilung versprechen, und wenn sie auch nicht heilen können, wenigstens die Fährnis aufdecken. Der Antisemitismus arbeitet auch in Oesterreich für den Sozialismus, der ihn beiseite schieben wird, sobald es gilt, ernstere Besserung zu schaffen. —

Maifeier in der Schweiz. Die Arbeiter-Union in Bern hat beschlossen, am ersten Mai den ganzen Tag zu feiern. —

In einer Hochschule für Anarchisten scheint sich die Crispische Strastolonie Porto Ercole auszuwachen. Täglich werden von der Regierung zahlreiche Personen nach dem „Zwangsdomicil“ gefandt, die mit dem Anarchismus nicht das geringste zu thun hatten; die meisten bringen ihr Handwerkszeug mit, da sie glauben, daß sie in Porto Ercole sich nützlich beschäftigen können. Bald aber sehen sie sich zu unfreiwilliger Mühe verdammt und mit willkürlichen, physisch und moralisch heruntergekommenen Verbrechern zusammengepackt. Erst dadurch wird die Kolonie eine wahre Hochschule des Anarchismus, und die Neulinge geben sich die größte Mühe, bereinigt als Meister in den Schooß der Gesellschaft zurück zu kehren. Sie vergnügen sich auf diese Weise und haben z. B. die einzelnen Winkel des großen Hofes mit Inschriften geschmückt, wie: „Sante Caserio-Platz“, „Corso Anarchia“, „Kaffeehaus Paolo Vega“ u. s. w.; außerdem haben sie sämtliche Mauern mit den Bildnissen der „berühmtesten“ Bombenwerfer bemalt. So empfangen die meisten Gästlinge, die vorher von dem Anarchismus keine Ahnung hatten, in der Strastolonie ihre anarchische Ausbildung. Ob dieser Erfolg wohl von Crispi beabsichtigt war? Vielleicht nicht, — vielleicht aber doch. Vielleicht braucht er Anarchisten zur Durchführung seiner Politik. —

Belgien. Die Aufregung ist groß — die Kammer hat das Gemeinde-Wahlgesetz mit ziemlicher Mehrheit im Prinzip angenommen; es fragt sich nun, welche Veränderungen noch durchgehen. Die öffentliche Meinung hat sich, seit die schmachvollen Einzelheiten der Methode von Rosa (wallonisch: Renai) bekannt geworden sind, entschieden zu gunsten der Arbeiter gewandt, und ein großer Theil der liberalen Presse befürwortet Konzeptionen der Regierung. In der Kammer selbst kam es nach der gestrigen Sitzung fast zu Prügeleien. Von unserem belgischen Korrespondenten haben wir einen ausführlichen Bericht erhalten, den wir morgen veröffentlichten werden.

Unter dem heutigen Tag wird telegraphirt:

Brüssel, 4. April. Die Kammer setzte heute die Berathung der zum Gemeinde-Wahlgesetz beantragten Amendements fort und verwarf mit 78 gegen 68 Stimmen das Amendement des unabhängigen Brüsseler Deputirten Theodor, welches für die Gemeindevahlen die Annahme desselben Wahlkörpers wie für die Kammerwahlen vorschlägt mit der Verpflichtung dreijährigen Wohnsitzes in der Gemeinde zur Erlangung des aktiven Wahlrechts. Man glaubt, daß alle Amendements von der Kammer abgelehnt werden.

Brüssel, 4. April. In der heutigen Kammer Sitzung wurden alle Verbesserungsanträge der Sozialisten und Christlich-DEMOKRATEN zum Gemeinde-Wahlgesetz, ebenso der Antrag Dambson, die politischen Rechte der Frauen betreffend, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Brüssel, 4. April. Die sozialistischen Abgeordneten Desjussieux und Roger, welche gestern den Abgeordneten Gelleputte in den Wandelgängen der Kammer thätlich angriffen, sandten demselben ein Entschuldigungsschreiben.

Brüssel, 4. April. Die Kammer hat sämtliche Artikel der Regierungsvorlage des Gemeinde-Wahlgesetzes nacheinander angenommen. Die zweite Lesung und die definitive Abstimmung über das ganze Gesetz findet morgen statt. Der Abgeordnete Ansele interpellirt morgen die Kammer über die blutigen Vorgänge in Renai.

Nach diesen Beschlüssen darf man sich auf eine sehr ernste Entwicklung der Dinge in Belgien gefaßt machen. —

Arbeiterversicherung in Holland. Die Zweite Kammer nahm eine Resolution des liberalen „Arbeiter-Abgeordneten“ Geld an, worin die Regierung beauftragt wird, zu untersuchen, nach welchen Grundfätzen und auf welche Weise eine Pensionierung alter Arbeiter mit Staatshilfe durchzuführen sei. Nur 5 Stimmen erklärten sich gegen Staatshilfe, 63 dafür. Die Regierung hatte sich gegen die Resolution ausgesprochen. —

Das Anarchistengesetz in Frankreich. Der Sozialist Gerault Richard hat gestern in der Kammer den Antrag eingebracht, das unter dem Kabinet Dupuy votirte Gesetz gegen den Anarchismus und den Umsturz aufzuheben. —

Die Folgen der Liebesgaben. Der französische Ministerpräsident Ribot erklärte in einer Besprechung mit der Zoll-Kommission der Deputirtenkammer, Frankreich sei genöthigt, dem deutschen Nibenzucker gegenüber wachsam zu sein, der in Frankreich infolge der Ausfuhrprämien einzudringen suche. Die Regierung werde im Verein mit den Kammern oder, wenn die Kammern nicht tagen, auf ihre eigene Verantwortlichkeit, diese Invasion zum Schutze des französischen Marktes verhindern. —

Sozialistischer Wahlerfolg in Bristol. Aus London schreibt uns unser Korrespondent unterm 30. v. Mtz:

Der relativ große Erfolg des Arbeiterkandidaten bei der vorigen Woche stattgehabten Nachwahl in St-Bristol, über welchen der „Vorwärts“ bereits kurz berichtet hat, hat in der politischen Welt etliche Sensation und in sozialistischen Kreisen große Freude hervorgerufen. Nach der nicht wegzuleugnenden Schlappe, die die Sozialdemokratie bei der Londoner Grafschaftswahl erlitten, war die Nachricht, daß der unabhängige Arbeiterkandidat dem liberalen Gegner bis auf gegen 200 Stimmen nahe gekommen, eine große Ermuthigung. St-Bristol ist ein fast nur von Arbeitern bewohnter Wahlkreis und war bisher eine Domäne der Liberalen. 1892 war der Kandidat derselben ohne Gegenkandidaten gewählt worden, 1890, mo — bei einer Nachwahl — der letzte Wahlkampf stattgefunden, hatte der Liberale 4775, der Tory 1900, der Arbeiterkandidat 602 Stimmen. Diesmal erhielt der Liberale 3740 und der Arbeiterkandidat 3538 Stimmen. Kein Wunder, daß die sozialistischen Blätter dieser Woche jubeln, und ebenso begreiflich, daß sie den Sieg sogar etwas übertreiben. Denn der betr. Kandidat war weder von der Sozialdemokratischen Föderation, noch von der Independent Labour Party aufgestellt und in mancher Hinsicht ein von dem Standpunkt dieser Organisationen etwas bedenklicher Kunde, so achtungswerth er als Mensch zu sein scheint. Es ist ein christlich sozialistischer Advokat, der, obwohl bemittelt, in einem häuslichen im ärmsten Quartier Bristols sein Lager aufgeschlagen hat und dort alle möglichen Unternehmungen und Reformen im Interesse der Arbeiter thätigst unterstützt. So weit so gut. Aber Herr Hugh Holmes Gore ist Staatskirchler und bekämpft als solcher die jetzt dem Parlament vorliegende Bill zur Entsaalkung der Kirche in Wales, er ist Gegner Domesules und Gegner der Lokal Veto Bill Sir William Harcourt's, die mit all ihren Mängeln doch schon insofern ihre Berechtigung hat, als sie die Bestimmung über die Zahl und Natur der Schankhaus-Konzessionen der direkten Abstimmung der Bevölkerung überweist. Im Gegensatz zu ihr befürwortete Herr Gore die Municipalisierung des Getränkehandels; aber da die Realisirung dieses Gedankens — der beiläufig das lokale Veto, wie dasselbe in der Harcourt'schen Bill beschränkt ist, gar nicht auszuschießen braucht — da diese Idee „Zukunftsmusik“ ist, so stimmten und agitirten die Schankwirthe — die „Publikanten“ — für Gore. Desgleichen, da die Konservativen keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, die Antidomesuler und Klienten der Staatskirche, so daß z. B. der „Standard“ den Wahlausgang für einen sehr akzeptablen Erfolg der konservativen Sache erklärte. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Vergleicht man die Stimmen von 1890 und 1895 genauer, so zeigt sich, daß Gore die 1900 Stimmen der Tories erhalten und dazu 1000 Stimmen den Liberalen abgezogen hat. Diese letzteren hat er aber nicht erhalten, weil er Staatskirchler zc. ist, sondern obwohl er es ist, auf grund seines Eintretens für die ökonomischen Forderungen der Arbeiterklasse. Und insofern dürfen wir Sozialisten und seines Erfolges freuen. Aber ver-

gegen wachen wir darüber nicht, was der „Labour Leader“ diese Woche zu thun scheint, daß Gore ein Kandidat war, für den Sozialdemokraten wohl in einer Stichwahl stimmen können, den man aber nicht für die Sozialdemokratie reklamieren kann. Wo würde diese hinkommen, wenn sie so bedeutsame Abweichungen von ihren Grundsätzen ignorieren wollte.

Cuba. Der Aufstand nimmt immer größere Dimensionen an. Die spanischen Verstärkungen sind in das Innere des Landes abgegangen. Ein Drittel der spanischen Truppen ist krank. Auch viele Todesfälle sind zu verzeichnen. Unter den frischen Truppen sind gestern nicht weniger als 66 Fälle von gelbem Fieber konstatiert worden.

Die Nachricht, daß der Rebellenführer Maza mit einer großen Anzahl von Insurgenten auf Cuba gelandet ist, hat überall große Erregung hervorgerufen, besonders da Martinez Campos denselben als einen gefährlichen Gegner bezeichnete. Man nimmt an, daß der Feldzug ein lange andauernder und schwieriger sein werde.

Parteinachrichten.

Zum Frauen-Wahlrecht. Um die Nothwendigkeit der Forderung des Frauen-Wahlrechts auch in solchen Orten zur Beförderung zu bringen, in denen aus irgend welchen Gründen Versammlungen nicht stattfinden können, soll ein Flugblatt unentgeltlich zur Verbreitung kommen. Es werden daher die Kreis-Vertrauenspersonen gebeten, unverzüglich mitzutheilen, wie viel Flugblätter sie für ihren Kreis zu haben wünschen, da mit der Verbreitung in den Feiertagen begonnen werden soll. Frau Ottilie Berndt, Berlin O., Blumenstr. 26.

Charlottenburg. Zur Aufstellung der gesetzlich vorgeschriebenen Gemeindegewählertafel ist eine neue Ausnahme erforderlich und sind zu diesem Zweck seitens des Magistrats den Grundbesitzern resp. deren Stellvertretern vom 8. April cr. ab für die einzelnen wahlberechtigten Bewohner eines jeden Hauses besondere Karten zugeföhrt mit dem Ersuchen, den über 24 Jahre alten männlichen Bewohnern, soweit dieselben einen eigenen Hausstand haben, je ein Exemplar der Karte zur Ausfüllung auszuhandigen, und dieselben nach drei Tagen wieder einzusammeln.

Wir ersuchen daher die Parteigenossen, die Fragen Nr. 1-8 der Karte genau und richtig auszufüllen, und falls Genossen nicht in den Besitz der Karte gelangen sollten, solche von ihren Hauswirthen resp. Stellvertretern zu verlangen und diesem Ersuchen weitestehende Verbreitung zu verschaffen.

Jeder selbständige Preusse erwirbt das Bürgerrecht, wenn er seit einem Jahre:

1. Einwohner des Stadtbezirks ist und zur Stadtgemeinde gehört;
2. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat;
3. die ihn betreffenden Gemeinde-Abgaben bezahlt, und außerdem
4. entweder:
 - a) ein Wohnhaus im Stadtbezirk besitzt, oder
 - b) ein stehendes Gewerbe mit mindestens 2 Gehilfen selbständig betreibt,
 - c) zur Staatseinkommen-Steuer veranlagt ist, oder mit einem Einkommen von mehr als 860 M. bis 900 M. veranlagt ist.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahr ein jeder betrachtet, der einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht das Verfügungrecht über sein Vermögen oder dessen Verwaltung durch richterliches Erkenntnis entzogen ist.

Parteigenossen! Um bei den im kommenden Herbst stattfindenden Wahlen gerüstet dazustehen, ist es Pflicht jedes einzelnen, vorstehendes genau zu beachten und dahin zu wirken, daß jeder Arbeiter in den Besitz der erwähnten Karte gelangt. Die Vertrauensleute.

Von der Wahlagitation. Im Eisenacher Wahlkreis wird der Wahlkampf in energischer Weise geführt. Von Berlin aus ist Genosse Mattutat im Kreise für die sozialdemokratische Kandidatur thätig. Nachdem in Ruhlra der Genosse Mattutat den Reigen der Wahlversammlungen eröffnet hatte, folgten die freikünnige Volkspartei und später die Antisemiten. Die Versammlung der Freikünnigen war nur schwach besucht, die meisten Besucher waren noch dazu Sozialdemokraten. Herr Goldschmidt aus Berlin kritisierte die einzelnen bürgerlichen Parteien, namentlich die Agrarier, in durchaus zutreffender Weise; die Sozialdemokraten verschonte er, bedauerte jedoch, daß dieselben einen eigenen Kandidaten aufgestellt haben. In der antisemitischen Versammlung sprach der Obermeister der Berliner Schuhmachervereinigung, Herr Schumann. Auf Verlangen der Arbeiter erfolgte, wenn auch nach einigem Zögern, Bureauwahl, und zwar wurde einstimmig ein Genosse zum Vorsitzenden bestimmt. Die Wahl desselben war um so charakteristischer, als von den sehr zahlreich erschienenen Fabrikanten und sonstigen Honoratioren nicht ein einziger dagegen opponierten. Der Vortrag des Herrn Schumann bot nichts Neues. Es waren die alten, schon oft widerlegten Tiraden von der Verpöndung des deutschen Volkes. Selbstverständlich fehlten auch die diversen Seitenhiebe auf die Sozialdemokratie, die hohen Gehälter, Vernichtung der Religion u. s. w. nicht; nur mit dem Unterschied gegen das sonstige Auftreten dieses Herrn, daß alles in verhältnismäßig biederer und harmlos nativer Weise zum Vortrag kam. Es mag wohl daran die Eigenart des Vortragenden die Schuld tragen, der so recht den alten Handwerker herausstreckte, welcher nicht mit seinen gewohnten alten Anschauungen brechen kann, aber für seine Nothlage einen Sündenbock brauchend, nach dem nächststehenden, dem Juden, greift, und diesen als den alleinigen Urheber seiner traurigen Lage beschuldigt. — Es war Genossen Mattutat leicht, diese Ausführungen zu widerlegen, und auf das eigentliche Wesen des Antisemitismus eingehend, dessen Hohlheit darzulegen. Von den praktischen Erfahrungen, die man gerade in dortigem Kreise in besonders reichem Maße machen kann, wies er noch, daß die Antisemiten nichts weiter als die Trostkinder der Konserwativen und nationalliberalen Ausbeuter darstellen.

Der Weisfall, der ihm zu theil wurde, bewies, daß er den Leuten aus dem Herzen gesprochen. Am versuchte ein bisher in Reserve gehaltener antisemitischer Agitator, ein junges Burschen von etwa 20 bis 21 Jahren, namens Paul Seemann, sein Peil. Er sei früher auch Sozialdemokrat gewesen und habe zwei Parteitage als Delegierter besucht. (Siehe weiter unten.) Durch seinen Verkehr mit den Genossen Bedel, Singer, Liebknecht und anderen habe er genaueren Einblick in die Partei erhalten. Er habe sich mit Enttäufung von dem Treiben dieser Leute, die auf Kosten der Arbeiter schwelgen, abgewendet und sich zum Antisemitismus bekehrt. Das junge Herrchen wurde ganz gehörig abgeprügelt, seine Kampfesweise in das richtige Licht gestellt. Jedenfalls sind die Antisemiten zu der Ueberzeugung gekommen, daß ihr Weigen dort nicht blüht.

Im 6. sächsischen Wahlkreise ist die Agitation ebenfalls in vollem Gange. Am vergangenen Sonntage wurden drei Wählerversammlungen von unseren Parteigenossen veranstaltet. In Unterweipfing sprach Genosse Gradnauer, in Cosselbaude in der Turnhalle Genosse Staden und auf der Leutenweiser Höhe Genosse Frähdorf. Alle drei Versammlungen waren sehr stark besucht und überall ernteten unsere Redner ungetheilten Weisfall.

Im Kreise Lennep-Remscheid-Mettmann, wo von seiten der Gegner in ihren Versammlungen anfangs noch freie Diskussion gewährt wurde, ist jetzt die Erbitterung bis aufs höchste gestiegen. In einigen Versammlungen der Konserwativen sprach „der beste Sprecher der Deutsch-Konfer-

vationen“ und der „bedeutendste wissenschaftliche Vertreter und Kenner der modernen Sozialpolitik“, wie es in den Ankündigungen pompös hieß, Herr Geheimrath Professor Dr. Wagner. Trotz der reiklamirten Anknüpfung fand sich nur ein äußerst dürftiges Publikum ein — da Sozialdemokraten ausgeschlossen waren. In Böhwinkel waren es kaum über 50 Personen, die erschienen waren. Die Herren werden wohl bald merken, daß da, wo die Sozialdemokraten in dem politischen Leben fehlen, Stagnation herrscht, daß sie wohl auf ihren Geldbeutel und ihre wirtschaftliche Uebermacht pochen können, aber damit auf dem politischen Gebiete keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken.

Ein alter Bekannter. Als Ordnungsratter läßt jetzt im Wahlkreise Eisenach ein gewisser Paul Seemann den Antisemiten seine Unterstützung andeuten. Befagter Seemann hat seine Dienste im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nach und nach allen Parteien zur Verfügung gestellt, und es sollte uns nicht wundern, wenn er nächstens in Anerkennung seiner Verdienste um die „Naatsbehaltenden Parteien“ in irgend einem für die Staatsratter zugänglichen Institute Anstellung und Unterkommen finden würde. So brauchbare Elemente muß man doch zu erhalten suchen.

Für unsere Genossen im Eisenacher Kreise, welche dem Burschen eventuell öffentlich gegenüberzutreten müssen, dienen folgende Mittheilungen zur Information. Paul Seemann tauchte vor ungefähr 4 Jahren auf, indem er sich als gemäßigter Genosse an die Parteileitung wandte und sich im Parteibureau vorstellte.

Kurze Zeit darauf produzierte er sich in katholischen Gesellenvereinen in Baden als „bekehrter Sozialdemokrat“, wobei er dieselben Märchen, die er jetzt noch vorträgt und die wir unten kurz angeben, bereits zum besten gab. Nachdem die Seemann'schen Schwindereien in Baden unmöglich geworden waren, begab er sich später nach Weisfeld, wo er in den Pastor Bodelschwingh'schen Anstalten Aufnahme fand. Betrügereien und Schwindereien, die sich S. gegen die Anstalt hatte zu schulden kommen lassen, brachten ihn auf die Anklagebank, wo ihm von den Anstaltsbeamten ein möglichst schlechter Zeugnisausgestellt wurde, während S. auch in dieser Situation als „bekehrter Sozialdemokrat“ Stimmung für sich zu machen suchte.

Die schlechten Erfahrungen bei den protestantischen Anstalten scheinen Seemann bestimmt zu haben, wieder zu den Fleischkesseln der katholischen Kirche zurückzukehren, denn einige Zeit nach seinem Abenteuer in Weisfeld tauchte er wieder auf einem katholischen Gesellenvereinstag in Straubing in Bayern auf, wo er unter dem Patronat des jetzt neugewählten Reichstags-Abgeordneten und Domvikars Dr. Pöhlner von Passau, die Verrichtung der „unwürdigen“ Sozialdemokratie mit frischen Kräften besorgte. Seit jener Zeit war Seemann verschollen. Ob er seitdem in irgend einer Strafanstalt weitere Studien getrieben, ist uns unbekannt. Fest steht nur, daß er heute noch genau dieselbe Rede gegen die Sozialdemokratie hält, mit der er vor Jahren sich bei Pastor Bodelschwingh und später bei Dr. Pöhlner einschmeichelte. Danach ist Seemann als Lehrbursche schon der Sozialdemokratie ins Garn gegangen. Als intelligenten jungen Menschen suchte ihn die Partei des Umsturzes als Agitator auszubilden zu lassen. In diesem Vorbereitungsstadium hat S. Gelegenheit gehabt, bei Bedel und Liebknecht zu Tisch geladen zu werden, da hat er die Tafel mit den köstlichsten Gerichten und theuersten Weinen bedeckt gefunden. Besonders Bedel's Weinlecker mit den seltensten und theuersten Marken spielt in Seemann's Vorträgen eine hervorragende Rolle.

Dieses Sybaritenleben der sozialdemokratischen Führer hat dem Jüngling Seemann die Augen geöffnet, und da er die Gnade hatte, in die Hände eines — je nachdem er ein katholischer oder protestantischer Publistum vor sich hat — katholischen oder protestantischen Gottesmannes gekommen zu sein, so ist er von den Irwegen seiner ersten Jugend ab und auf den Pfad der Tugend zurückgekommen. Seine früheren sozialdemokratischen Sünden sucht Seemann nun dadurch gut zu machen, daß er seinen christlichen Brüdern die Augen über das sündige Treiben der Sozialdemokratie öffnet.

Außer den spendlichen Mahlzeiten bei den sozialdemokratischen Führern will Seemann auch diversen sozialdemokratischen Parteitagungen beigewohnt haben. Es ist die eine Angabe so erlogen wie die andere.

Den Antisemiten können wir zu dem neuen Kampfgesossen nur gratulieren, den Parteigenossen aber empfehlen wir, die vorstehenden Mittheilungen ihrem Gedächtnisse einzuprägen, denn Pampazius Seemann gehört zu der Gattung von Schwindlern, die immer und immer wieder auf der Bildfläche erscheinen.

Als Kandidat für den 2. hessen-nassauischen Reichstags-Wahlkreis (Wiesbaden) wurde in einer in Wiesbaden am 31. März stattgefundenen Parteiverammlung Gen. Dr. Quack-Frankfurt a. M. aufgestellt, nachdem eine Vertrauensmänner-Konferenz sich dahin schlüssig geworden war.

Partei-Presse. Die Breslauer Parteigenossen nahmen in einer stark besuchten Versammlung nach einem Referat des Genossen Bruno Geiser eine Resolution an, durch welche sie sich verpflichten, mehr als bisher für die Verbreitung der „Volkswacht“ zu sorgen. Mit dem 15. April soll eine planmäßige Agitation beginnen.

Vollzeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verkauf von einigen Parteimarken wurde ein Genosse aus Varop vom Dortmund der Schöffengericht zu 36 M. Strafe verurtheilt. Er soll durch den Verkauf — Gewerbesteuer-Hinterziehung begangen haben. Sicherlich wird die Berufungsinstanz das merkwürdige Urtheil aufheben.

— Dem Verband deutscher Bergleute brachte der 1. April eine neue Ueberraschung: es fand abermals eine Hausdurchsuchung statt. Die zuletzt erschienene Nummer der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung (Nr. 13) wurde auf Befehl der Essener Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Mit Inbegriff der Materialur fanden sich 8 Exemplare vor. Gründe konnten noch nicht angegeben werden. Die vorhandenen Exemplare der „Volkswacht“ des Knappschafts-Vorstandesmitglied Peter Weis, die reichsgesellschaftliche Invalidentät- und Altersversicherung und der allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum“ wurde ebenfalls beschlagnahmt, um auf Seite 16 und 17 Verbesserungen vorzunehmen. Achtzehn Stück waren noch vorhanden.

— In Gelsenkirchen wurde eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins aufgelöst, noch ehe der Referent gesprochen hatte. Als Grund der Auflösung wurde angegeben, daß — ungefähr fünf Gäste anwesend gewesen wären! Selbstverständlich wird eine geharnischte Beschwerde eingelegt werden, um die schon mehr als „fälschliche“ Auffassung der Polizei von den Gründen einer Versammlungsausslösung zu korrigieren.

— Damit Sachsens Ruhm nicht verbliche, unternahm es am Sonntag der Gemeindevorstand von Wöhlich-Grenberg, einem sächsischen Dorfe bei Leipzig, einen Redner das Wort zu entziehen, weil er das Wort — Bismard fallen ließ. Genosse Pollender sprach über die Presse und ihre Bedeutung. Als der Redner dann weiter den Satz gebrauchte, es sei ein Verzicht der Weltgeschichte, daß gerade die Partei, gegen die Bismard einst telegraphirte: „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie!“ seinen schließlichen Sturz herbeiführte, da rief der überwachende Gemeindevorstand wörtlich: „Ich entziehe Ihnen das Wort, Sie haben Bismard nicht ins Wort zu ziehen!“

Auch einem Redner in einer Metallarbeiter-Versammlung in Leipzig wurde das Wort entzogen, weil er sich abfällig über Bismard äußerte. — Das sächsische Vereinsgesetz ist wirklich zu allem zu gebrauchen.

— Freigesprochen. Der Buchdruckerbesitzer Arnoldt und der Verleger der Magdeburger „Volkstimme“, Harbaum, waren wegen Vergehen gegen das Preßgesetz angeklagt. Die Anklage behauptete, daß der der „Volkstimme“ beigelegte historische Kalender nicht den Namen des Druckers trage. In der Verhandlung überzeugte sich aber das Gericht davon, daß unten auf dem Kalender sich der Name des Druckers Max Bading, Berlin, befindet, und sprach demgemäß die Angeklagten frei.

Soziale Ueberblick.

Die behördlich angezeigte Mittagspause in der Beschäftigung der Arbeiterinnen hat der Gewerbetreibende, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Strafsenats, vom 6. Dezember 1894, regelmäßig inne zu halten; eine willkürliche Verlegung der festgelegten Mittagspause, auch nur für einen Theil der Arbeiterinnen, ist strafbar. — Ein Zigarrenfabrikant beschäftigte in der von ihm betriebenen Fabrik über 16 Jahre alte Arbeiterinnen und zeigte gemäß §§ 137, 138 der Gewerbe-Ordnung als die den Arbeiterinnen zu gewährenden einständigen Mittagspause die Zeit von 12 bis 1 Uhr der Orts-Polizeibehörde an und machte diese so bestimmte Pause auch in gehöriger Form in der Fabrik mittels Aushangs bekannt. Fünf von diesen Arbeiterinnen wurden aber in der Zeit von 12 bis 12 1/2 Uhr in den Fabrikräumen, insbesondere mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt, dafür wurde ihnen als Mittagspause die Zeit von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr eingeräumt. Infolge dieser willkürlichen Verlegung der Mittagspause für die fünf Arbeiterinnen wurde der Fabrikant wegen Gewerbe-kontravention (§§ 140 Ziff. 2, 149 Ziff. 7 Gewerbe-Ordnung) angeklagt. Die Strafkammer sprach ihn frei, weil sie eine willkürliche Verlegung und Veränderung der festgelegten Mittagspause für nicht strafbar erachtete. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das erste Urtheil auf, indem es begründend ausführte: „Hält man die Vorschriften der §§ 138 Abs. 2, 149 Ziff. 7 der Gewerbe-Ordnung mit der Bestimmung in § 137 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zusammen, so ergibt sich der Schluß, daß wenn auch § 137 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung, darin von der zu Gunsten der jugendlichen Arbeiter gegebenen Schulpflicht verschieden, nicht ausdrücklich „regelmäßige“ Pausen vorschreibt, doch der Gewerbetreibende auch bezüglich der weiblichen Arbeiterinnen verpflichtet ist, die einmal behördlich angezeigte Mittagspause in der Beschäftigung regelmäßig inne zu halten.“ (4201/94.)

Der Breslauer Innungsanschuß hat am 27. März an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, in welcher demselben u. a. auch folgender Beschluß der am 25. Januar stattgehabten Versammlung Breslauer Gewerbetreibender unterbreitet wird: „Der Magistrat der Stadt Breslau wird ergebenst ersucht, mit Betretung des Breslauer Gewerbeverbandes in eine gemeinsame Erörterung über die für die städtische Verwaltung maßgebenden Grundätze für die Vergütung von Lieferungen einzutreten.“ Der Innungsanschuß verspricht sich von einer gemeinsamen Erörterung der Submissionsfrage den Vortheil, daß sie ohne Schädigung der städtischen Interessen den berechtigten Klagen des Gewerbeverbandes Abhilfe und dadurch für weite Kreise der Bürgerschaft Beruhigung bringen wird. — Alles schön und gut! Aber nicht nur allein die „berechtigten“ Interessen des Gewerbeverbandes kommen hier in Frage, sondern auch und in erster Linie die der Arbeiter, denn diese sind es, die die Kosten des Konkurrenzkampfes unter den Meistern bezahlen müssen. An den Breslauer Arbeitern ist es demnach, auch ihrerseits Stellung zu nehmen.

Die Gemeingefährlichkeit der Innungen ist kürzlich von uns durch mehrfache Beispiele dargelegt worden. Die „Soziale Praxis“ bringt einen neuen Beweis, diesmal aus Sachsen. In Waldheim lieferten eine große Anzahl Bäcker und Fleischer ihre Waaren den Mitgliedern der zwei dort bestehenden Konsumvereine mit 6-7 pCt. Rabatt. Der Gewerbeverein stellte an die Bäcker und Fleischerinnung daraufhin das Ersuchen, entweder die beschränkte Rabattgewährung zu beseitigen oder aber eine allgemeine angemessene Verbilligung der Preise einzutreten zu lassen. Während die Mitglieder der Fleischerinnung daraufhin beschloffen, ihre Waaren nicht mehr gegen Marken zu verkaufen und auch keinen Rabatt zu geben, erklärte die Bäckerinnung, daß die Bäcker den Verkauf ihrer Waaren gegen Marken nur dann einstellen könnten, wenn auf die von auswärts eingeführten Bäckerwaaren eine Steuer gelegt werde. In einer gemeinschaftlichen Sitzung von Bäckerinnung und Gewerbeverein war deshalb beschloffen worden, bei einigen Städten anzufordern, wie ihre Bemühungen um die Einführung einer solchen Steuer verlaufen seien. In der letzten Sitzung des Gewerbevereins wurde nun über die Antworten, betr. den Schutz-zoll auf Backwaaren, berichtet, aus denen zu entnehmen war, daß ein Vorgehen in dieser Richtung gesetzlichen Hindernissen begegnet, wenn eine unterschiedliche Behandlung heimischer und auswärtiger Backwaaren geplant ist. Vor allem sei aber zu konstatieren, daß das Ministerium schon aus volkswirtschaftlichen Gründen der zu Gunsten einer einzelnen Erwerbs-kasse beabsichtigten Vertreibung eines der wichtigsten Volkswirtschaftsmittel niemals seine Zustimmung geben werde. Das ganze, so bemerkt hierzu die „Soziale Praxis“, ist ein recht lehrreicher Beitrag zur Lehre von der Beeinflussung der Preise durch Innungen einerseits und geschlossene Konsumvereine andererseits. — Und, fügen wir hinzu, das Vorkommniß beweist von neuem, daß die Herren Innungsmeister, hätten sie nur die Macht, die Konsumvereine ebenso, wie die Herren Junker, ihre agrarischen Vorbilder es thun, schröpfen würden.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Wien, 4. April. Gegenüber den Meldungen mehrerer Prager Blätter, nach welchen die Wahlreform gefährdet wäre und das Subkomitee seine Thätigkeit ganz eingestellt hätte, konstatieren mehrere Abendblätter, daß die Nachricht von einem Niederhalten der Wahlreform falsch sei und daß sich das Subkomitee nur über Othern vertagt habe.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Köln, 4. April. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Belgrad: In einer kürzlichen Ministerkonferenz erklärten die Minister General Joadowitsch, Kosanitsch und Klaritsch, falls der Ministerpräsident Christitsch seine Gewaltstreiche vor den Wahlen fortschreibe, aus dem Kabinett auszuscheiden. Die Gewaltakte sollen alles bisher Dagewesene überbieten. In einer Anzahl von Gemeinden überhellen die Präfecten mit ihren Gehilfen die Gemeindevorsteher in ihren Wohnungen mit Revolvern, um sie zum Rücktritt zu zwingen. In Jagatibitsa feuerte ein Gehilfe auf den Vorstand, welcher Lärm schlug. Die Thäter ergriffen hierauf die Flucht. In Gradist wurden 70 liberale und radikale Wähler ohne jede Veranlassung verhaftet.

Wien, 4. April. Wie das „Extrablatt“ aus Prag meldet, befindet sich der an der bairischen Grenze belegene Ort Reumart in Gefahr, in die Erde zu versinken. Die Regierung sandte eine Kommission zur Untersuchung nach dort. Mehrere Häuser sind bereits theilweise eingestürzt. Die meisten Straßen sind abgesperrt und die Einwohner anderweitig untergebracht worden.

Warschau, 4. April. Die Polizei entdeckte hier eine geheime nihilistische Druckerei. Eine Anzahl von Verhaftungen hat stattgefunden.

Eisenach, 4. April. (Reichstags-Wahl.) Bis jetzt wurden gewählt für Eckels (natl.) 1890, Köstke (Bund der Landwirthe) 592, Niemann (Antisemit) 694, Gassemann (fr. Sp.) 1414 und Bahold (Sozialdemokrat) 1498 Stimmen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 4. April 1895, nachmittags 5 Uhr.

Eine dringliche Vorlage des Magistrats ersucht um die Bewilligung von 40 000 M. zur Ausführung der am 14. Juni cr. stattfindenden Berufs- und Gewerbezahlung und um Niederlegung einer gemischten Deputation zur Feststellung der Modalitäten. In diese Deputation soll die Versammlung acht Mitglieder entsenden.

Auf der Tagesordnung steht die Beschlussfassung über die Anlage von Brausebädern in verschiedenen Gemeindefschulen. Bei Gelegenheit der Genehmigung des Projekts zum Neubau einer Doppelschule in der Siemensstraße hatte sich die Versammlung die Entscheidung hierüber vorbehalten. Der Magistrat hat die Schuldeputation veranlaßt, sich über die Anordnung der Brausebäder in der Schule Stephanstr. 25/26 zu äußern. Die Deputation hat folgende Aenderungen für wünschenswerth erklärt:

Der Baderaum müßte von dem Ankleideraum getrennt werden; die Ankleidegelenke sind durch Scheidewände von einander zu trennen, nach vorn jedoch nicht abzuschließen; der Baderaum mit der entsprechenden Anzahl Brausen ist ohne Scheidewände herzurichten; schließlich ist zum Trocknen der nassen Wäsche ein besonderer Raum vorzusehen.

Dem entsprechend hat der Magistrat nicht nur das Projekt für die Schule in der Siemensstraße, sondern auch die für die im Bau begriffenen Schulen in der Gohlowsky- und Braunstraße umarbeiten lassen, auch der Errichtung von durchlaufenden Barrieren in Tischhöhe zur Befestigung der Eisenbehälter zugestimmt und die so umgestalteten Projekte für die Brausebade-Anlagen in den drei Schulen am 9. März cr. der Versammlung wieder vorgelegt. Dieselbe hat die Beratung aufgeschoben, um vorher eine Besichtigung solcher Anlagen in der Schule Sühnowstr. 115 vorzunehmen; die Besichtigung hat am 25. März stattgefunden.

Der Magistratsantrag wird heute ohne Diskussion genehmigt. Zur Erörterung der in betreff der Frequenz in den Gemeindefschulen ermittelten statistischen Ergebnisse war ein Ausschuss niedergesetzt worden, der der Versammlung folgende Beschlussfassung vorschlägt:

Den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob eine oder mehrere Gemeindefschulen im Innern der Stadt nach und nach eingezogen werden können, und ihr eine bezügliche Vorlage zugeben zu lassen.

Von der Idee, auch in der Peripherie die eine oder die andere Schule einzuziehen, ist man, wie der Referent Direktor Schwabe ausführte, schon mit Rücksicht auf die bevorstehende Eingemeindung wieder abgekommen.

Stadtv. Lohsdorf kann für den Antrag des Ausschusses nicht stimmen. Im Südosten und Osten seien die Schulen überfüllt, die doch die Schüler der im Centrum aufzubauenden Schulen später theilweise würden aufnehmen müssen. Man habe nicht ein Interesse daran, mit den Schulneubauten inne zu halten, sondern im Gegentheil müsse darin kräftig fortgefahren werden.

Der Referent bemerkt, daß der Ausschuss gerade aus den Gründen des Vorredners seinen Antrag formuliert habe.

Der Ausschussantrag wird angenommen.

An Stelle der schon seit Jahren für den Fahrverkehr gesperrten, demnächst vollständig abzubrechenden Alsenbrücke beabsichtigt der Magistrat nur eine 4 Meter breite Fußgängerbrücke zu errichten, deren Kosten sich auf etwa 130 000 Mark belaufen sollen.

Auf Antrag des Stadtv. Lüben geht die Vorlage an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Der Magistrat ist von der „Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen“, welche aus der „Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft“ hervorgegangen ist, um die Mittheilung der Bedingungen ersucht worden, unter welchen ihr die Genehmigung zum Bau einer elektrischen Niveaubahn vom Schlesischen Bahnhof durch die Mühlenstraße bis Stralauer Markt erteilt werden würde. Der Elektricitäts-Gesellschaft, welche Untergrundbahnen im Zuge der Friedrichs- und Leipzigerstraße ausführen wollte, war vom Magistrat zunächst die Herstellung eines Probetunnels unter der Spree zwischen Stralauer Markt und Treptow anbeimgestellt worden. Für den Fall, daß diese Anlage zur Ausführung kommt, soll der erstgenannten Gesellschaft prinzipiell die Zustimmung zu der Niveaubahn nach dem Magistratsvorschlag unter folgenden Bedingungen erteilt werden:

- a) daß die Unternehmerin sämtliche Kosten, welche direkt oder indirekt durch die Bauausführung und den Betrieb entstehen, allein trägt,
- b) daß die Dauer des Bestehens und Betriebes der Bahn nur auf so lange bemessen werden soll, als der Tunnel nicht sehr abgenutzt ist und im Betrieb erhalten wird,
- c) daß aber, abgesehen von der Bedingung sub b, die Dauer der Zustimmung eine begrenzte sein und über eine etwa 50 jährige Maximalzeit nicht hinaus währen soll.

Die Stadtv. Jacobi und Dinsie beantragen Ausschussberatung.

Stadtv. Jacobi freut sich, daß der Magistrat endlich einmal wieder etwas von der Idee der elektrischen Bahn hören läßt, kann aber die prinzipielle Genehmigung nicht geben, wenn nicht über eine Reihe anderer Punkte, so über die eventuelle Entschädigung an die Stadt gleichfalls und gleichzeitig bestimmte Bedingungen aufgestellt werden. Diese Dinge dürften nicht hinter den Kulissen geordnet werden. Die Sache gehöre eigentlich vor die längst beschlossene Verkehrsdeputation; von dieser scheine der Magistrat aber nichts wissen zu wollen.

Stadtv. Fährlich ist auch von der Kürze der Begründung der Vorlage und der Verquickung mit dem Tunnel nicht sehr erbaut. Der Osten entbehre noch immer der direkten Verbindung mit dem Norden; würde man die Niveaubahn nur bis zur Grenze des Reichthums, bis zum Markgrafenbaum führen — auf dem Stralauer Gebiet erst beginnen die Schwierigkeiten des Projekts —, so würde es andererseits thunlich sein, dieselbe bis zum Landsberger Platz westlich und nordwestlich zu verlängern.

Stadtbaurath Gobrecht befreit, daß der Magistrat an der Verquickung schuld sei; die Gesellschaft habe diese Verquickung vorgenommen. Der Magistrat meine, es sollten einem solchen Vorhaben keine Schwierigkeiten, besondere Abgaben und dergl. seitens der Stadt auferlegt werden. Die Gesellschaft mache den Anfang der Ausführung des Tunnelbaues von der vorherigen Erlangung der Gewißheit der Genehmigung der genannten Niveaubahn abhängig. Der Tunnel unter der Spree sei nur 400 Meter lang und brauche doch immerhin mindestens ein Jahr. Eine Untergrundbahn in Berlin würde mindestens vier Jahre in Anspruch nehmen.

Stadtv. Dinsie hält hiernach Ausschussberatung erst recht für notwendig. Man höre täglich in den Zeitungen von neuen elektrischen Bahnen, welche die Baudeputation diesem oder jenem Consortium zugesagt habe, ohne daß man wisse, ob nach einem bestimmten Generalplan verfahren würde. Zur Aufstellung 1896 werde der Tunnel ohnehin nicht fertig werden. Der Ausschuss müsse weitgehende Vollmachten erhalten.

Stadtv. Lüben steht der Angelegenheit dagegen sehr sympathisch gegenüber und bittet um thunlichste Beschleunigung der Ausschussarbeiten.

Stadtv. Singer: Die Thatsache, daß wieder einmal eine in ihren positiven Forderungen recht dürftige Vorlage des Magistrats 3/4 Jahre gebraucht hat, um an uns zu kommen, ist für mich der unumstößliche Beweis dafür, daß, wenn wir nicht auf dem Gebiete des Verkehrswezens immer ärger ins Hintertreffen gerathen sollen, wir uns zunächst ernsthaft mit der Organisation des Magistrats (Weiterkeit) dahin befassen müssen, ob er über die für so außerordentlich wichtige Gebiete notwendigen Kräfte überhaupt verfügt. (Sehr richtig!) Soll es zu einer Förderung unseres Verkehrswezens kommen, so muß innerhalb des Magistrats und der Versammlung eine Stelle geschaffen werden, die Zeit und Mühe hat, unbeeinträchtigt von anderen Arbeiten, dieser Aufgabe ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden. So lange solche Vorlagen von dem Wohlwollen, der Kenntniß oder der Ueberzeugung eines einzelnen im Magistrat abhängt, werden diese Schwierigkeiten nicht beseitigt. Wenn wir auf diese Vorlage 3/4 Jahre warten mußten, so sind wir ja an solche Behandlung gewöhnt. Jahrelang verhandelt das Magistratskollegium über eine Sache; von da kommen dann in die Presse alle die Nachrichten, über die wir so sehr erstaunt sind, weil wir nichts davon wissen (Sehr gut!); brennt dann das Feuer auf den Nägeln, dann kommt eine Vorlage an uns, in deren Beratung wir uns topfährig hineinstürzen müssen, um nicht unsererseits den Vorwurf der Verschleppung auf uns zu laden. Solcher Zustand ist auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Für die Untergrundbahn empfand der Stadtbaurath keine besondere Begeisterung; er nimmt an, der Untergrund Berlins biete enorme Schwierigkeiten. Der heutigen Technik dürften diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein. Es ist ein Widerspruch, den Probetunnel an einer Stelle mit ganz anders gearteten Untergrund ausführen zu lassen; richtiger wäre doch gewesen, gemäß dem Wunsch der Gesellschaft für die Probestrecke ein Terrain innerhalb der Stadt anzuweisen. (Zustimmung.) Herr Dinsie will den Ausschuss mit weitgehenden Vollmachten ausstatten; da kommt ebenfalls in Betracht, daß die Ueberlastung der Arbeitskräfte im Magistrat es verhindert, daß ein solches Gebiet nach einem großen, allgemeinen Plan bearbeitet, durchdacht und zweckmäßig durchgeführt wird. Es macht doch einen wunderbaren Eindruck, wenn uns von Zeit zu Zeit ein Stückchen, diese oder jene kleine Strecke vorgelegt wird. Das Ziel fehlt. So lange Berlin sich nicht entschließt, ganz generaliter zu prüfen, wie das gesammte Pferdebahnen in ein elektrisches Bahnsystem umzuwandeln ist, kommen wir nicht weiter. Wir brauchen eine Kommission, die umfassende Vorschläge zu machen hätte. Die Vorlage hat für mich wenig Bedeutung; sie scheint mir bloß eine stückweise Befriedigung des Verlängens der öffentlichen Meinung vorstellen zu sollen. Warum man dieser Gesellschaft für diese Niveau- und Tunnelbahn besondere Vorrechte gewähren solle, hat der Stadtbaurath nicht begründet. Daß man auch hier 50 Jahre Konzession geben will, also auf eine Zeit, in der wohlwiegend grundlegende Aenderungen mit unserem Verkehrswezen vorgenommen werden müssen, zeigt, daß man im Magistrat nicht weiß, was man will, sich über das Interesse der Bürgerschaft der Großstadt Berlin noch immer nicht klar ist, während uns andere Großstädte musterhafte Beispiele geboten haben. (Beifälliger Beifall.)

Stadtbaurath Gobrecht: Es ist falsch, daß die Vorlage 3/4 Jahre vom Magistrat verzögert worden ist und es ist entschieden zurückzuweisen, daß der Magistrat die Versammlung an solche Verzögerungen gewöhnt habe. Die Sache hat 25 Monate bei der Gesellschaft gelegen. Der Magistrat wird nicht gestatten, daß in der Stadt selbst der Verkehr durch die Anlage solcher Untergrundbahnen auf Jahre hinaus gestört werde, so lange keine Sicherheit für die Verwahrung derselben existiert. Für die Förderung des gesammten Verkehrswezens thun wir alle möglichen Schritte; aber gerade hier in der Versammlung ist für kein bestimmtes System eine Mehrheit vorhanden. (Anruhe.) Sie sind einzig im Verwerfen der Pferdebahn; aber für kein elektrisches Bahnsystem findet sich hier eine Mehrheit. Gegen die elektrischen Bahnen mit oberirdischer Kabelführung hat sich seinerzeit die Versammlung ebenfalls ausgesprochen; dennoch führen wir z. B. mit der Pferdebahndirektion Verhandlungen bezugs Umwandlung des Pferdebahnsystems in eine solche elektrische Bahnanlage, weil wir sie als die einflussreichste ansehen. Eine Untergrundbahn scheint mir allerdings nur mit ungeheuren Kosten ausführbar und ob sie beim Publikum Anklang finden würde, zweifelhaft. Gegen die für Berlin ganz unpassende Schwebebahn habe ich von Anfang an Front gemacht. (Bewegung.)

Stadtv. Singer: Ueber die Schwebebahn will ich mich nicht äußern. Sehr hübsch ist es ja, wenn man Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein besitzt, aber doch möglich, daß Herr Gobrecht später in der Lage sein wird, der Erörterung dieses Themas aus dem Wege zu gehen. Hätte es noch eines Beweises bedurft, wie richtig und notwendig die von mir erhobene allgemeine Forderung ist, der Baurath hat ihn erbracht. Wir hören, daß in dem verschwiegenen Kämmerlein des Magistrats und in dem ebenso verschwiegenen Bureau der Pferdebahngesellschaft Verhandlungen geführt werden, aber daß diese durch die Bethätigung der Vertreter der Bürgerschaft leiden würden, hat Herr Gobrecht nicht bewiesen (Zustimmung), und das ist es, was ich verlangen habe. Ich halte es überhaupt für falsch, diese großen, die vitalsten Interessen Berlins berührenden Fragen derart zu behandeln und dann die Versammlung vor ein fait accompli zu stellen. Hat der Magistrat mit dem ihm zu Gebote stehenden Material an Arbeitskräften und Sachverständigen eine Vorlage jahrelang durchgearbeitet, so ist es doch ein Ding der Unmöglichkeit dagegen anzulämpfen, dafür liefert uns Woche für Woche den Beweis. Mit diesem System muß also aufgeräumt werden. Ob sich eine Mehrheit für irgend ein Projekt findet, muß doch erst abgewartet werden; bis heute kann man das nicht behaupten. Die Frage ist lediglich eine Geldfrage; sind wir erst soweit, daß wir nicht mehr privaten Aktionären Dividenden zu schaffen brauchen, so fallen alle Schwierigkeiten von selbst weg. Für die Bahnen mit oberirdischer Stromzuführung empfinde ich keine Begeisterung; das Straßenbild verlohnen sie nicht. Ist die Möglichkeit einer Tunnelbahn erwiesen, dann ist diese die richtige. Das Publikum, das sich mit der Stadtbahn abfindet, wird sich eben so mit der Tunnelbahn abfinden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern, der noch heute durch den Vorstand ernannt werden soll. — Der Vorstand deputirt in den Ausschuss auch die Stadtv. Wernau und Gieshoit.

Das Verzeichniß der für 1895/96 neu bezw. umzunpflasternden Straßen und Plätze wird nach den Beschlüssen des Pflaster-Ausschusses genehmigt.

Ueber die Petition wegen Einschränkung des Hausirhandels auf den Straßen der Stadt bezw. Besetzung derselben von den Straßen referirt, da in einer früheren Sitzung Bericht erstattet worden war, namens des Petitionsausschusses Stadtv. Bruns. Der Ausschussantrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Die Vorlage betr. den Ankauf des im Gemeindebezirk Treptow belegenen Prosy'schen Grundstücks wird einem Ausschuss überwiesen.

Das Projekt für eine Anstalt zur Ausnützung und Vertheilung der Fleischkonfiskate auf dem Viehhofe wird genehmigt.

Darauf bewilligt die Versammlung noch die in der dringlichen Vorlage verlangten 40 000 M. für die Berufs- und Gewerbezahlung, verweist dagegen die Wahl der 8 Mitglieder zu der hierfür niedersetzenden gemischten Deputation in die geheime Sitzung.

Schluß 7/8 Uhr.

Lokales.

Die Lokalliste liegt der heutigen Nummer des „Vorwärts“ als besondere Beilage bei, um so bei Ausflügen u. s. w. von den Parteigenossen bequem in der Tasche geführt werden zu können. Es braucht wohl nicht eingehend darauf hingewiesen zu werden, daß der Lokalliste gerade in den nächsten Zeit, wo die Ausflüge in die Umgegend beginnen, ganz besondere Beachtung zu schenken ist. Nur bei peinlichster Respektirung dieser Liste ist es den Parteigenossen möglich, den Troß der von arbeiterfeindlicher Seite beeinflussten Wirthe ebenso zu beugen, wie im Kampfe des vorigen Jahres der Koalition unerer Berliner Gegner gegenüber in so glänzender Weise geschah. Nur strikte Disziplin führt zum Siege. Deshalb rufen wir allen Parteigenossen die eindringliche Mahnung zu: Beachtet die Lokalliste, beachtet sie besonders genau bei Ausflügen in die Umgegend.

Das Mitglied der Presskommission Richard Meyer ist von Cuvrystr. 34 nach Cuvrystr. 22, vorn 2 Tr., verzogen.

Eine Hausfuchung erfolgte am Donnerstag Morgen in der Buchdruckerei von Janitzewski u. Quitt in der Dresdenerstr. 38. Man fandete auf ein angeblich umstürzlerisches Lied, das in wohlthätiger Absicht in der Druckerei hergestellt sein sollte. Resultat: Gänzlich Null.

Für die „Ferienkolonien“ werden schon jetzt die Geldsammlungen wieder eröffnet. Das Komitee muß so zeitig damit anfangen, weil es sonst nicht möglich ist, bis zum Sommer eine leidliche Summe zusammenzubringen. Bekanntlich hat das Unternehmen sehr mit Geldsorgen zu kämpfen, seit das durch die Neuheit der Sache hervorgerufene, anfangs ziemlich rege Interesse wieder abzunehmen begonnen hat. Im Sommer 1894 liefen sich, wie selbst bürgerliche Blätter meldeten, besonders die Vermittelten recht lange bitten, sie beizusteuern. Ein Hausbesitzer im Westen sollte die Sammellisten einfach zurückgewiesen haben mit dem Bemerkten, daß er seinen Miethern damit nicht mehr kommen dürfe. Auf Widerstand gegen die Zirkulation der Listen ist das Komitee im vorigen Sommer auch bei vielen anderen Hausbesitzern gestossen, bezw. bei den von den Besitzern mit bezüglichen Weisungen versehenen Verwaltern und Portiers, worüber in der am 28. Mai 1894 abgehaltenen Sitzung des Lokalkomitees bitter geklagt wurde. In ärmeren Häusern dagegen, so geschrieben bürgerliche Blätter, sollte meist gern, wenn auch wenig gegeben worden sein. Vielleicht wird auch das Komitee für „Ferienkolonien“, wenn erst das Interesse der Besitzenden für diese Sache noch weiter geschwunden sein wird, zu der Einsicht kommen, daß das Ziel, „kein einziges krankliches armes Kind mehr von der Wohlthat der Sommerpflege ausschließen zu müssen“, mit privaten, durch Sammlung aufgebrachtten Mitteln nicht zu erreichen ist. Ob es dann sich auch zu dem offenen Geständniß dieser Thatsache bequemen und die Konsequenzen daraus ziehen wird?

Die Kinder-Vollstücker sind am 1. April geschlossen worden. Ueber die Wirkung dieser Maßregel schreibt uns ein Leser: Mein Weg führt mich alltäglich an einigen Kinder-Vollstücken vorüber. In den letzten Tagen spielten sich dort wegen Schließung der Küchen herzbewegende Szenen ab, die ganz im Gegensatz standen zu der Fröhlichkeit, welche man sonst an der kleinen Schaar beobachten konnte. Die hungerigen Kinder kamen vergeblich; ihre Hoffnung auf ein warmes Mittagessen wollte sich nicht erfüllen. Die Frauen jammernten, denn Arbeitslosigkeit oder Krankheit machten es ihnen unmöglich, ihren Kindern etwas zu bieten; es gelang ihnen ja vielfach nicht einmal die Miete und ein Stück Brot zu erwerben oder zu erbetteln. Andere müssen ihren zeitweiligen Verdienst außer dem Hause aufgeben und nunmehr für ihre Kinder sorgen. Vielfach hatten die Kinder die Anfalls-Freikarten nur benutzt, wenn sie zu Hause nichts zu essen bekamen. Die Hilfe durch den Armenvorsteher ist für diese Leute meistens und ohne langdauernde Bemühung nicht zu erreichen und alsdann unverhältnismäßig entbehrlich. — Was soll nun werden, wenn der Verein seine Thätigkeit nicht bald wieder aufnimmt?

Was werden soll? Es nun, die Kinder hungern eben und lassen sich, wenn ihnen der Magen gar zu sehr knurrt, mit salbungsvollen Bibelsprüchen abspießen. Ihnen steht ja nach dem Ausspruch des Kultusministers das „Recht“ zu, selbst wider den Willen ihrer Eltern mit Religion gefüllt zu werden. Ein Recht auf leibliche Nahrung giebt es bekanntlich im christlichen Staat nicht einmal für unschuldige Kinder. Die Aufstellung eines solchen Rechts hat „Nittliche Bedenken“, und die, welche es verlangen, sind gemeingefährliche „Umstürzler“.

Eine eigene Vollstücker hat sich eine vermögende junge Dame im Verein mit etlichen gleichgesinnten Freundinnen in diesem Winter in Berlin eingerichtet. Es soll ganz in der Stille geschehen sein, sagt eine der „Vollst.“, von augenscheinlich beteiligter Seite zugehende Mittheilung, die bestimmt ist, das Walten der jungen Damen nachträglich an die große Glocke zu bringen. Der Bericht spricht von einem munteren Leben, das sich in der Küche entfaltete habe, und ließ sich überhaupt recht nett; er ist ungefähr in demselben Tone gehalten, wie die Berichte über die bekannten großartigen Wohlthätigkeitsfeste der Bourgeoisie, bei denen junge Damen der „besten“ Kreise zur Bänderung fremder Noth mit gräßlicher Schalkhaftigkeit die Rolle von simplen Blumenverkäuferinnen, Schämknäbchen u. s. w. spielen. Es darf dem Leser daher nicht verübelt werden, wenn er zunächst geneigt ist, die in besagter Privat-Vollstücker thätigen Damen mit jenen Blumen und Liköre verkaufenden Damen auf eine Stufe zu stellen. Wenn es zum Schluß in dem Bericht heißt, die Damen hätten „neben den geselligen Genüssen der Saison sich die tiefere und nachhaltigere Befriedigung verschafft, der Armut geholfen und ihre Zeit wohl angewandt zu haben“, so läßt das die Sache noch verdächtiger erscheinen. „Neben den geselligen Genüssen der Saison“! — Diese sechs Worte bilden ein wichtiges Kapitel in der Naturgeschichte des bürgerlichen Wohlthuns, wenigstens so weit es sich um den weiblichen Theil der Bourgeoisie handelt. In dem ewigen Einerlei der Gesellschaften, Bälle u. s. w. verlangt das Herz einer jungen Dame auch mal etwas anderes, — aber original muß es natürlich sein. Nun bieten allerdings die Vollstücker der Frau Morgenstern hinreichende Gelegenheit, sich auf dem Gebiete zu betheiligen, das jene jungen Damen sich aus-

erfahren haben. Frau Morgenstern hat sogar mehrfach über Mangel an Aufsichtsdamen geklagt, da die ständigen Helferinnen die Gewohnheit haben, manchmal verhindert zu sein. Aber bloß unter dem Kommando der energiegelassenen Frau Morgenstern zu stehen, das ist eigentlich nicht nett. Warum soll man, wenn andere Damen aus bestehenden Vereinen ausgetreten sind und sich ihr eigenes Konkurrenzverein gegründet haben, sich nicht auch eine eigene kleine Volksschule gründen dürfen? Das ist doch wirklich was Originelles! Wir können in der That nur schwer der Versuchung widerstehen, solche oder ähnliche Motive bei den Begründerinnen dieses Unternehmens zu vermuten. Sollten wir uns jedoch täuschen, so würden wir uns gern und mit aufrichtiger Freude eines besseren belehren lassen.

Im Bidsackfuss bewegte sich am Donnerstag die Witterung. Regen und Sonnenschein wechselten in hübscher Folge miteinander ab. Es schien als wollte die Natur den neuesten Kurs des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte in übermüthigen Scherze parodieren. Mochten verwöhnte Leute verschmüßt thun und ob des unvermittelten Wechsels schelten, der Arbeitsmann lachte über die gelungenen Scherze, welche sich Frau Golda leistete, wie er über die unfeinwillige Komik des neuesten Kurzes lacht. Weis er doch, daß wie in der Natur so auch im Völkerverleben auf den Aprilsturm heller, lichter Frühling folgt.

Am nächsten Sonntag ist die Sonntagsruhe für Geschäfte insoweit aufgehoben, als die Läden im ganzen zehn Stunden geöffnet bleiben dürfen.

Berliner Heirathstatistik. Der soeben erschienene Jahresbericht des statistischen Amtes der Stadt Berlin enthält eine Anzahl interessanter Angaben über das Alter, in welchem die Ehen in Berlin von den Parteien auf dem Standesamt vollzogen werden. Die Mehrzahl der Bräutigame (Junggesellen) des Berichtsjahres, nämlich 1065, haben im Alter von 25 Jahren, 920 haben im Alter von 26 den lässigen Schritt gethan, der unter den heutigen Verhältnissen mehr als ein gewisses Wagnis bezeichnet werden muß. Im Alter von 24 Jahren haben 689, im Alter von 23 Jahren 562, im Alter von 21 Jahren 149, im Alter von 20 Jahren 48 und im Alter von 19 Jahren 1 Mann geheiratet. Daß die Männer, nachdem sie erst die Dreißig überschritten, nur schwer zum Heirathen heranzubekommen sind, diesen alten Satz beweist wiederum die Statistik. Im Alter von 30 Jahren haben noch 451 sich für die Ehe entschieden, im Alter von 35 Jahren haben sich nur 170, im Alter von 40 Jahren nur 79, im Alter von 45 Jahren nur 41, im Alter von 50 Jahren nur 28, im Alter von 60 Jahren nur 13 zu dem standesamtlichen Akt entschlossen. Die beiden ältesten Bräutigame waren 83 bzw. 73 Jahre alt — allerhand Achtung sagt der Berliner! Das Gros der verehrten Berlinerinnen hat im Alter von 22 Jahren geheiratet; die Statistik zählt 855 Damen dieses Lebensalters. 537 sind mit 20, 152 mit 18, 22 mit 16 Jahren in den Hasen der Ehe eingelaufen. Die Anzahl der heirathenden Damen vermindert sich, sobald sie das 28. Lebensjahr überschritten haben, auffallend. Mit 29 Jahren heiratheten noch 452, mit 30 Jahren 345, mit 35 Jahren 144, mit 40 Jahren 64, mit 45 Jahren 37, mit 50 Jahren 17, mit 60 Jahren 2, aber auch noch mit 70 Jahren heirathete ein unternehmendes Fräulein.

Zur Herstellung von Fahrgelegenheiten nach dem Ausstellungsterrain sind in den letzten Monaten eine große Menge Projekte ausgetauscht, eines immer schöner als das andere. Die Unternehmer suchen einander den Rang abzulaufen, weil sie sehr wohl wissen, daß dabei ein schönes Stück Geld zu verdienen ist. So sind jetzt wieder auf das Ausschreiben des Magistrats zur Anlegung einer zweigleisigen Kleinbahn von der Wienerstraße bis Treptow nicht weniger als sieben Angebote eingegangen. Unter den Bewerbern befindet sich natürlich auch die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft. Dieser wilde Konkurrenzkampf ist recht bezeichnend für die Privatwirtschaft im Straßenbahnbauwesen. Wenn es sich um die Herstellung von Verbindungen handelt, die weniger Profit versprechen, aber nöthig sind, um der Bevölkerung armerer Stadttheile den Weg zu ihren Arbeitsstellen abzukürzen, dann meldet sich keine Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, und wenn ihr die Herstellung einer solchen Verbindung als Hauptpreis für eine von ihr gewünschte andere, rentablere Linie mitanferlegt wird, dann schiebt sie den Bau wenigstens so lange wie möglich hinaus. Das ist natürlich; denn keinem Privatunternehmer kann im Ernste angenuhnt werden, daß er die Interessen anderer Leute über seine eigenen stellt. Aber ebenso natürlich sollte es sein, daß die städtische Verwaltung eine so wichtige Sache, wie es das Straßenbahnbauwesen ist, nicht länger in den Händen von Privatunternehmern beließe.

Das Laugen'sche Schwebebahn-Projekt, das den Berliner Hausbesitzer so viele unndichtige Sorge machte, ist nach der „Nat.-Ztg.“ endgiltig als beseitigt zu betrachten.

Die Berliner Rechtsanwälte wollen das geistige Niveau ihrer Bureaubeamten durch Errichtung einer Hochschule heben, welche am 18. d. M. ins Leben treten soll. Eine Hebung des leiblichen Niveaus der Angestellten durch Ausbesserung der meistens geradezu jammervollen Gehälter wäre in noch höherem Maße am Platz.

Zum Preise von 5 Millionen Mark ist in diesen Tagen ein Ländereck innerhalb Berlins erworben worden, welcher den bisherigen Besitzern, den Kommerzienrath Cabanheim'schen Erben seinerzeit nur 2100 Thaler gekostet hat. Es sind dies mehrere Grundstücke in Moabit in der Thurmstraße, durch welche Straßenzüge angelegt worden sind. Ein Konsortium hat den vorerwähnten Preis gezahlt, um ein neues Stadtviertel anzulegen. Die Käufer müssen die Erden diesen großen Entbehrungslohn verdient haben!

Berlins Bevölkerung hat am 1. April um annähernd tausend Köpfe abgenommen. Infolge der Reorganisation der preussischen Eisenbahnverwaltung werden fortan in Berlin 200 bis 300 mittlere Eisenbahnbeamte, Sekretäre und Assistenten, weniger beschäftigt sein, als bisher; sie sind zumeist nach Magdeburg und Halle, hauptsächlich aber nach Erfurt veretzt worden. Angesichts dieses Umstandes wollen die Hauswirthe, welche den hier beschäftigten Beamten bekanntlich verbieten lassen wollen, außerhalb Berlins zu wohnen, an die Ministerien eine Petition des Inhalts richten, im Interesse der geschädigten Berliner Grundbesitzer überhaupt von Beamtenversetzungen Abstand zu nehmen.

Rixdorf will nichts von Berlin wissen. Infolge der Zeitungsmeldung, daß der Minister des Innern dem Gemeindevorstand in Rixdorf auf die Petition um Verleihung städtischer Verfassung mitgetheilt habe, daß Rixdorf städtische Verfassung erhalten soll, hat der Berliner Magistrat Veranlassung genommen, an den Gemeindevorstand zu Rixdorf die Anfrage zu richten, ob diese Nothig auf Wahrheit beruhe. Daraus hat der Gemeindevorstand dem Magistrat die Abschrift des Ministerialerlasses mitgetheilt, welcher folgendermaßen lautet: „Berlin, 28. Februar 1895. Auf die Eingabe vom 28. vorigen, hier eingegangen am 21. laufenden Monats erwidere ich Eurer Wohlgeboren vorläufig, daß sich die Einleitung der Verhandlungen wegen Verleihung der städtischen Verfassung an die Gemeinde Rixdorf gemäß § 1 Absatz 2 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 angeordnet habe.“

Bei der elektrischen Straßenbahn Steglitz-Lichterfelde sollen, um den 20-Minutenverkehr pünktlich zu gestalten, damit die Fahrgehalte mit Bestimmtheit auf den Anschluß an die Züge der Anhalter- und Wanneseebahn rechnen können, die Zahl der Wagen und Ausweichgleise vermehrt werden.

Die diesjährige Loosung der Militärsichtigen des laufenden Jahrgangs ist für den Aushebungsbezirk Berlin I auf

den 25. April, für den Aushebungsbezirk Berlin II auf den 26. April, für den Aushebungsbezirk Berlin III auf den 27. April, für den Aushebungsbezirk Berlin IV auf den 22. April, für den Aushebungsbezirk Berlin V auf den 20. April, für den Aushebungsbezirk Berlin VI auf den 22. April anberaumt worden und wird an den bezeichneten Tagen morgens 9 Uhr beginnen. Die Militärsichtigen brauchen bei dem Loosungstermin nicht zugegen sein.

Einer schweren Körperverletzung hat sich eine Frau S. in der Karstr. 10 schuldig gemacht. Die Frau liegt zur Zeit im Prozeß mit einer Kohlenfirma, deren Arbeiter Franz Ganger zufällig in dem Hause zu thun hatte. Als er die Frau S. sah, ließ er eine unvorsichtige Bemerkung in bezug auf den Prozeß fallen, worauf die Frau ihn mit einem großen Kesseltopf berart an die Schläfe schlug, daß der Arbeiter blutüberströmt zusammenbrach. Ihm war die Schlagader verletzt worden. Man schaffte den Unglücklichen, nachdem ein Nothverband angelegt worden war, in die Charité, wo er benutzlos darnieder liegt.

Eine „Waschkeller-Schlächterei“ ist im Südwesten Berlins durch die Polizei geschlossen worden. Der Fleischschau-Beamte Kottke hatte erfahren, daß die Handelsfrau Marie Lehmann aus Lundenwalde an bestimmten Wochentagen mit Fleisch nach Berlin kam; um festzustellen, ob sie es unterjuchen ließ, bevor sie es feilhielt, verfolgte er sie dieser Tage. Sie schaffte das Fleisch in das Haus Königsgräber-Strasse 41. Es dauerte auch nicht lange, so kamen einige Frauen und Kinder mit Körben am Arm herbei und nach kurzer Zeit erschienen sie wieder auf der Straße. In eine dieser Käuferinnen trat Kottke heran; sie gab ihm folgenden Rath: „Wenn Sie mal was Billiges haben wollen, dann gehen Sie nur hierher; hinten auf dem Hofe am Waschkeller, da sitzt die Lehmann, da kriegen Sie alles, was Sie haben wollen, für billiges Geld.“ Kottke holte sich einen Schuhmann, der das Fleisch, das Frau Lehmann noch hatte, mit Beschlagnahme belegte. Auf der Untersuchungsstation wurde nur der kleinere Theil untersucht, während das meiste Fleisch sofort der Abbederei überwiesen wurde, da es der Vorschrift nicht entsprach.

An seinem Geburtstag ist der Kaufmann Müller in der Planfelderstraße todt im Bette erloschen worden. Als seine Familienangehörigen zum Grattirnen kamen, erkannten sie, daß ein Herzschlag dem Leben des Mannes ein Ende gemacht haben müsse. M. hatte das 38. Lebensjahr vollendet.

Eine Reihe von Selbstmorden und Unglücksfällen wird von gestern und heute gemeldet. Mittwoch Morgen um 8 Uhr fand der Hauseigentümer Suter auf dem Platz seines Grundstücks Wälsingstr. 29 die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes. Auf welche Weise der Unbekannte um das Leben gekommen ist, steht noch nicht genau fest. — Einige Stunden später betrat ein Heilgehilfe Niemann auf dem Grundstück Andreasstraße 15 einen entlegenen Ort und prallte entsetzt zurück. Dort hing die Leiche eines Mannes am Fensterriegel. Es handelt sich um den 54-jährigen Schneider Heinrich Vorhiesky, der in der Wilhelmstr. 40 wohnte und sich wegen einer unheilbaren Krankheit in der Andreasstraße das Leben genommen hatte. — Mittwoch Abend gegen 8 Uhr jagte sich der 43 Jahre alte Kürschner Gustav Rogge in seiner Grimmstraße 34 belegen Wohnung aus einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe. Die Ehefrau rief die Polizei herbei, die den noch lebenden Mann nach einem Krankenhause bringen ließ. Dort starb er gestern Morgen. Ueber die Ursache zum Selbstmord ist bis jetzt nichts bekannt. Rogge hinterließ außer seiner Frau drei Kinder. — Todlich verließ ein Unglücksfall, der sich gestern Morgen um 8 Uhr auf dem Grundstück Vinkenstraße Nr. 194 ereignete. Dort war ein dem Namen nach bis jetzt unbekannt gebliebener Dachdecker mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt, als er das Gleichgewicht plötzlich verlor und aus der Höhe hinabfiel. Da er noch lebend geblieben war, so gab, brachte man ihn nach einem Krankenhause, wo er alsbald starb. — Endlich betrat am Mittwoch Nachmittag gegen 6 Uhr ein Herr in Begleitung seiner Gattin und eines zweiten Herrn den Boden des Handschuhmachers und Hauseigentümers Sachs in der Friedrichstr. 48. Kaum besand er sich im Innern, als er zusammenbrach und bewusstlos mittels Krankenwagens nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße gebracht wurde. Anscheinend liegt ein Herzschlag vor.

Wegen schweren Verbrechens ist der Arbeiter J. aus der Potsdamerstraße zu Charlottenburg verhaftet worden. In der Straßstraße spielt seine jetzt 13 Jahre alte Stieftochter eine Hauptrolle. Der Verhaftete hat seine verbrecherische Handlungsweise mehrere Jahre fortgesetzt, wie er selbst zugestanden hat.

Polizeibericht. Am 3. d. M. vormittags wurde ein Mann in einer Klinik, in der er sich zur Kur befand, erhängt vorgefunden. — Abends schoß sich ein Mann in seiner Wohnung in der Chorinerstraße eine Revolverkugel in den Kopf. Er wurde noch lebend nach der Charité gebracht. — Eine Frau verlor in ihrer Wohnung in der Bartelstraße sich zu vergiften. Sie wurde in ein Krankenhaus gebracht. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Witterungsübersicht vom 4. April 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reductirt auf d. Meeresp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (0° = 32° R.)
Swinemünde	755	SW	4	wollig	0
Hamburg	757	SW	3	bedeckt	1
Berlin	757	SW	3	Schnee	0
Biesbaden	761	SW	2	wollig	4
München	759	W	3	wolklos	4
Wien	757	SW	—	heiter	4
Pararanda	788	SO	4	Schnee	0
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	789	N	3	heiter	4
Aberdin	765	SW	4	halb bedeckt	0
Paris	763	N	2	bedeckt	4

Wetter-Prognose für Freitag, 5. April 1895.

Kühles, zeitweise aufklärendes, vorwiegend trübes Wetter mit Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitung.

Die Verhandlungen in dem Wucherprozeß Labaschin und Genossen wurden gestern fortgesetzt. Seitens des Staatsanwalts und des Gerichtshofes wird auf die Erörterung einiger weiter zur Anklage gestellten Fälle des Erbschaftsklaues seitens des Angeklagten Labaschin verzichtet. — Rechtsanwalt Schönlfeld machte darauf aufmerksam, daß in den Akten sich die Verhandlungen einer ganzen Anzahl von Personen befänden, die darin übereinstimmen, daß ihnen Labaschin treffliche Dienste geleistet habe und sie ihm zu großem Danke verpflichtet seien. Im Interesse seines Klienten beantragte der Verteidiger, diese Aussagen als Zeugniszeugnisse zur Verlesung zu bringen. Staatsanwalt Strähler hielt diese Verlesung nicht für notwendig, da er schon in der Anklage selbst die Thatfache hervorgehoben habe, daß eine größere Anzahl der vernommenen Zeugen dem Angeklagten Labaschin ein günstiges Zeugnis über sein geschäftliches Verhalten ausgestellt haben. Von der Verlesung wurde deshalb Abstand genommen.

Rechtsanwalt Schönlfeld kam dann noch einmal auf den Fall zurück, der die Wittve Wölke in Charlottenburg betrifft. Er beantragte die Ladung mehrerer Zeugen, welche bekunden sollen, daß die Wittve Wölke — entgegen ihrer Versicherung an Gerichtsstelle — ganz wohl lesen und schreiben könne und f. z. daß von Labaschin erhaltene Geld nicht für Zwecke ihres Hauses, sondern für den Ankauf eines Gutes verlangt habe. Der Angeklagte Labaschin beantragte ferner, auch Frau Wölke selbst zu laden, da er behauptete, daß sie die Zinsen für die ganze Summe allvierteljährlich ohne Einspruch gezahlt habe, also keineswegs der Ansicht sein konnte, daß ihre Schuld widerrechtlich um 6000 M. erhöht worden sei. Der Verteidiger betonte die Nothwendigkeit, über die mangelnde Les- und Schreibkunst der Frau Wölke zur Klarheit zu kommen; diese habe bei ihrer Vernehmung nicht nur erklärt, daß sie Analphabetin sei und dies auch dem Justizrath Pirsch gesagt habe. Für letzteren könnte diese Behauptung unter Umständen verhängnisvoll werden und da sei es doch wichtig, beispielsweise durch den Justizrath Huth nachzuweisen, daß sie diesem gegenüber keinerlei Andeutung bezüglich ihres angeblichen Analphabetentums gemacht habe. — Staatsanwalt Strähler hielt diese Beweisnehmung für überflüssig, da es eine bekannte Thatfache sei, daß Analphabeten aus einem gewissen Schamgefühl heraus darüber nicht gern etwas sagen, zumal wenn sie noch ihren Namen zu schreiben vermögen. — Der Gerichtshof beschloß, die Zeugen zu Sonnabend vorzuladen, ebenso den Sachverständigen Olliven, der über den Verlehr mit dritten und vierten Hypotheken Auskunft geben soll. — Der Verteidiger beantragte ferner, irgend einen Konkursmassenverwalter zu laden, der bekunden werde, daß in sehr vielen Konkursverfahren schlechte und zweifelhafte Forderungen des Kreditors in ganzen Posten zu ganz billigen Preisen verkauft wurden. Diesen Antrag lehnte der Gerichtshof ab, da er die behauptete Thatfache als solche anerkannte. — Der Rest des gestrigen Verhandlungstages wurde mit der Beweisaufnahme in mehreren nur Rieß betreffenden Fällen ausgefüllt. In einem dieser Fälle wurde festgestellt, daß gegen Rieß auch ein Ermittlungsverfahren wegen Betruges schwebte. Ein gewisser Wacht hatte dem Angeklagten Rieß eine notarielle Vollmacht zur Eintreibung einer Erbschaft ausgestellt. Den erhaltenen Betrag soll Rieß dann zu eigenen Gunsten an einen Dritten weiter geblieben haben. Der Vorstehende machte den Angeklagten deshalb darauf aufmerksam, daß in diesem Falle vom Gerichtshof möglicherweise nicht Wacht, sondern Untrene und Unterschlagung angenommen werden könnte. Der Angeklagte behauptete, daß ihm der Zeuge Wacht gestattet habe, sich mit dem Gelde selbst zu helfen und er berief sich auf einen Zeugen, der zum Sonnabend geladen werden soll. — In einem anderen Fall soll Rieß einer in Noth befindlichen Frau für eine Erbschaft in Höhe von 10 500 M. die Summe von 3000 gezahlt haben. Der Angeklagte erklärte, daß die Erbschaft in weiter Sicht stand und hier ein ganz realer Erbschaftskauf vorgelegen habe, bei welchem von einer Nothlage gar keine Rede gewesen sei. Die Erblasserin lebe heute noch. Die Belastungsgewinn versicherte, daß sie zur Zeit des Verkaufs der Erbschaft mit ihrem verstorbenen Ehemann sich in großer Noth befunden habe; mit dem von Rieß erhaltenen Gelde habe sie ein Buttergeschäft geleitet. — Die Beweisaufnahme gehe mit gestrigen Tage soweit, daß ihre Beendigung am Sonnabend zu erwarten ist und der Beginn der Plaidoyers für Montag in Aussicht genommen werden kann. Die nächste Sitzung wurde auf Sonnabend anberaumt.

In Paris feuerte am Mittwoch eine Frau namens Richard, gegen welche vor dem Zuchtpolizeigericht wegen Beleidigung eines Gerichtsbeamten verhandelt werden sollte, bei Beginn ihrer Vernehmung auf den Vorstehenden des Gerichtshofes, Levrier, einen blinden Revolvererschuss ab. Die Sitzung wurde unter großer Aufregung aufgehoben, die Frau sofort verhaftet.

Gewerkschaftliches.

In der Motorenfabrik von Grob u. Komp. in Güttrich-Leipzig wird, einem uns zugegangenen Privattelegramm zufolge, eine umfassende Lohnreduktion geplant. Die betroffenen Arbeiter ersuchen um strenge Fernhaltung des Zugugs. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Barbiers! Der Kampf der Kollegen Braunschweigs für ihre Forderungen — Minimallohn von 6 M. pro Woche bei freier Station und Anerkennung des Gehilfen-Arbeitsnachweises — dauert fort. Bis jetzt hat nur der der Innung nicht angehörende Theil der Prinzipale obige Forderung bewilligt, während erstere, welche die dominierende Stellung einnimmt, auf ihrer Weigerung beharrt. Auf einer dieser Tage stattgefundenen Innungsverammlung ist sogar beschlossen worden, die organisierten Gehilfen aufzufordern, aus dem Verbands anzutreten, widrigenfalls denselben nach und nach zu kündigen. Wir fordern daher alle Kollegen auf, keine Stellung nach Braunschweig anzunehmen und die Bewegung der Braunschweiger Kollegen nach Kräften auch finanziell zu unterstützen. Sendungen sind zu richten an Alb. Meyer, Braunschweig, „Rheinischer Hof“, Wendenstr. 45. Der Verbandsvorsitzende, NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Maurer! Zugug ist fernzuhalten von Flenßburg und Kellinghusen, weil sich die Maurer mit ihren Meistern in Lohnstreitigkeiten befinden.

Achtung, Bäckermacher! In der Schumacher'schen Bäckereifabrik in Offenb. u. Burg (Baden) ist wegen Lohnminderungen Streik ausgebrochen. Zugug fernhalten.

Der Streik der Knopfabriker in Schmölke dauert in vollem Umfange fort. Ausgiebige Unterstützung der Streikenden ist dringend erforderlich!

Die Schneider von Wilhelmshaven sind, wie wir bereits mitgetheilt hatten, in eine Lohnbewegung eingetreten. Weder in einer stattgefundenen Konferenz mit den Meistern, noch in einer öffentlichen Versammlung, zu welcher Prinzipale und Arbeiter eingeladen waren, kam eine Einigung zu Stande. Die ersten behaupteten in ihrer Mehrzahl, den neuen Tarif nicht annehmen zu können. Auf einen Vorschlag der Arbeitgeber hin fand am 28. März in Giler's Gasthaus nochmals ein Einigungstermin statt. In diesem Termin wurde nun der Tarif I von den Arbeitgebern, bis auf zwei Details, akzeptirt; der Tarif II jedoch von der Mehrzahl als unannehmbar verworfen; nur zwei Meister erklärten sich für die Annahme. Der Wochenlohn wurde von drei Arbeitgebern angenommen. Nach dem Mißlingen der Vereinbarung über den hauptsächlichsten Theil der Forderungen, den Tarif II und den Wochenlohn, ist der Ausstand unvermeidlich. Die Gehilfen haben bereits vor acht Tagen gekündigt und wird unter diesen Umständen die Kündigung aufrecht erhalten. Zugug der Schneider ist dringend fernzuhalten. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Nachdem die Verhandlungen behufs Beilegung des Streiks in der Marsch'schen Veloziped-Fabrik bisher noch zu keinem Resultat geführt haben, dauert der Streik unverändert fort und ist der Zugug von Arbeitskräften strengstens fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Das Streikomitee.

Die Arbeiter der Hachener Wissemannsabrik, in Firma H. Meyer u. Co., haben ihre Stellung gekündigt, weil es ihnen nicht möglich war, bei dem Verdienst zu existiren. Es werden

deshalb die Willenmacher und Goldschmiede ersucht, den Zug nach Nachen fern zu halten.

Lohnbewegung in der Schweiz. Aus Lugano wird gemeldet, daß infolge Vermittelung des Staatsrathes (Ministers) Colonbi der Maurerstreik zu Gunsten der Arbeiter beendet sei. — In Zürich haben, wie die Arbeiterzeitung, nun auch die Gipsermeister die Forderungen der Arbeiter rundweg abgelehnt. In einer Gehilfenversammlung wurde beschlossen, daß jeder Gehilfe seinem Arbeitgeber die Forderungen unterbreite und, wenn sie nicht bewilligt werden, die Arbeit einstelle. Die event. Streikenden sollen aus der Kasse der Gipsergewerkschaft unterstützt werden.

Ueber den Streik und die Ausperrung der Uhrenarbeiter in der Schweiz wird uns geschrieben: In der schweizerischen Uhrenindustrie besteht der offene soziale Krieg fast in Permanenz. Bald da, bald dort kommt es zur Arbeitseinstellung, die häufig nur kurze Zeit, oft wenige Tage währt, aber auch schon wochenlang gedauert hat. Die Uhrenarbeiter sind zum größten Theil organisiert, von manchen Fabriken gehört die ganze Arbeiterschaft dem Verbands an, von anderen Fabriken die überwiegende Mehrheit. Das Arbeitsverhältnis beruht auf Abmachungen und Vorkaufsverträgen, die die beiden Verbände der Arbeiter und der Unternehmer gemeinschaftlich feststellen haben. In diesen gegenseitigen Vereinbarungen liegt nun die Quelle der beständigen Reibereien, die der Vertragstreue der Unternehmer das denkbar schlechteste Zeugnis ausstellen. Beständig sind die Unternehmer daran, unter größter Mißachtung der Tarife, die Löhne zu reduzieren oder durch Einführung neuer Maschinen, Wechsel des Rohmaterials u. eine Vergrößerung des Arbeitslohnes herbeizuführen. Dies suchen sie auch zu erreichen durch übermäßige Fälschung von Lehrlingen und andere Praktiken. Wehren sich die Arbeiter dagegen, so erfolgen Maßregelungen ihrer Vertrauensleute, die dann zu Arbeitseinstellungen führen. Die unmittelbare Ursache zur jetzigen Bewegung liegt in einem früheren Streik der Arbeiter von der Uhrenfabrik Nummer in Wettsch bei Grenchen. Jener Streik war erledigt worden durch gegenseitige Vereinbarung über die Streikforderungen, die der Fabrikant aber zum Theil bis heute nicht erfüllt. Wiederholte Klammationen der Organisation hatten ebenfalls keinen Erfolg und schließlich erklärte der Fabrikant Nummer unterm 11. März cr., daß er in dieser Sache gar keine Kompetenz habe, indem er die Angelegenheit dem Vorstand der Vereinigten Uhrenfabrikanten von Grenchen und Umgebung übertragen habe. Dazu kam, daß die Organisation der Arbeiter gegenüber von den Fabrikangestellten beständig verdrängt wurde und das Ende war, daß die Arbeiter der Nummer'schen Uhrenfabrik am 20. März die Arbeit einstellten. Drei Tage darauf kündigte die Kartellfreunde Nummer's Uhren' Arbeitern, d. h. sperrten sie aus; diese Ausperrung erstreckte sich auf 4 Uhrenfabriken in Grenchen und Umgebung und auf über 1200 Arbeiter. Nun trat in Biel das Zentralkomitee des Uhrenarbeiter-Verbandes zusammen und beschloß, gegen sämtliche, mit Nummer solidarischen Fabrikanten den Generalstreik zu erklären. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Fabrikanten auf Montag — 25. März — nach Grenchen zu einer Konferenz einzuladen. Die Fabrikanten kamen auch, benahmen sich aber sehr profig und provokativ, daß kaum mit ihnen verhandelt werden konnte. Namentlich regte die Herren sehr auf der ihnen von den Arbeitern gemachte Vorhalt ihres brutalen Kontraktbruches. Die Konferenz verlief resultatlos und am Dienstag kündigte auch die Uhrenfabrik Langendorf, wo erst jüngst ein Streik stattfand, ebenfalls ihren Arbeitern. In der Solidarität Horlogère, dem Organ des Uhrenarbeiter-Verbandes werden die „Dossier“ der aussperrenden Fabriken veröffentlicht und ihnen ihre Vertragsbrüche, ihr Trugsystem, die Verleitung der Arbeiter zu massenhaften Konsum von Wein aus dem Keller des Fabrikanten, natürlich gegen gutes Geld, nachgewiesen. Daß in Grenchen konstituirte Streikkomitee erklärt bereits Aufrufe zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten, die mit denen von Langendorf etwa 2000 zählen werden.

Dem Baseler „Vormwärts“ entnehmen wir noch, daß der Gemeinderath von Grenchen beschlossen hat, den Streikenden wöchentlich 500 Fr. zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig hat der Gemeinderath einen Ausschuss von fünf Mitgliedern bezeichnet, welcher Vermittelungsversuche einleiten soll. Dieser Ausschuss hält Sonntag, vormittags eine erste Zusammenkunft mit beiderseitigen Vertretern ab.

Eine Lohnbewegung der Maurer Basels steht in Aussicht. Die vereinigten Maurergewerkschaften Basels haben die Forderung eines Minimallohns von 5 Frs. pro Tag auf-

gestellt. Sie sind entschlossen, im Falle der Ablehnung in den Streik einzutreten.

Das schweizerische Arbeitersekretariat in Zürich hat sein Bureau aus der Innenstadt, wo es bisher war, nach Hirslan, einer früheren Anstaltsgemeinde Zürichs, verlegt. Die Adresse lautet jetzt: Schweizerisches Arbeitersekretariat, Zürich V.

Der Streik der Zimmerer in Prag ist beendet. Die Arbeiter haben bis auf 60 Mann die Arbeit am 2. d. M. wieder aufgenommen, nachdem ihnen einige Zugeständnisse gemacht worden sind. Zwanzig Tischler erhielten eine 15 proz. Lohn-erhöhung bewilligt.

Der Schuhmacherstreik in England dauert fort. Die Versuche, die beiden Parteien zur Annahme eines Schiedsgerichtes zu bewegen, sind gescheitert, doch sollen dieselben fortgesetzt werden.

Kunst und Wissenschaft.

Schauspielerleben. Aus Herlorn berichtet man dem „Hannoverschen Theater Cour.“: Hier gastirt zur Zeit die Franz Bergmann'sche Theatergesellschaft. (Thüringer Hoftheater-Ensemble nennt Herr Bergmann seine Truppe.) Bei der Aufführung des „Schwabenstreich“, im zweiten Akt, sprang der Darsteller des Tamburini (Herr Paul Jöblich) mit einem kühnen Satz von der Bühne in den Theaterfoyer mit dem im Charakter der Rolle gesprochenen Worten, welche aber die bittere Wahrheit verkündeten: „Mein Name ist Palmiro Tamburini, habe wie auch die übrigen Mitglieder, seit drei Wochen keine Gage bekommen und mache nicht mehr mit.“ Sprach's und verschwand. Herr Bergmann gab nun für den „Schwabenstreich“ unter dem Titel „Glückliche Hüttenwochen“ den „Glücklichen Familienvater“.

Versammlungen.

Der Feibzug der Berliner Bäckerinnungen gegen den Maximalarbeitsstag im Bäckergewerbe ist verlaufen wie das Hornberger Schieschen. Zum Donnerstag Nachmittag waren die Berliner Bäcker-Arbeiter zu einer gemeinsamen Versammlung mit den Meistern nach den „Germania-Sälen“ berufen; die Zahl der Anwesenden war aber Erwartungen groß. Durch den Vorsitzenden, Obermeister Bernard, wurde der Zweck der Zusammenkunft dahin präzisirt, daß eine Aussprache beider Theile über den „drohenden“ Maximalarbeitsstag sehr nöthig sei. Meister Kaufmann als Referent, und die ihm folgenden Redner von Seiten der Arbeitgeber hielten „herzlich und dringend“ die Gesellen, doch bloß um des Himmelswillen einzusehen, daß die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit den Ruin der beiden Theile — Meister und Gesellen bedente. Der Gesellen-ausschuss habe die Gemeinamkeit der Interessen auch erkannt und deshalb (!) diese Versammlung angeregt. (Gelächter.) Die Redner der Arbeiter — leider sind das alle Sozialdemokraten, sagte einer der Meister in tonischer Verzweiflung — wiesen unter Verfall der nach Laufenden zählenden Versammlung die Annahme, daß der Gesellenausschuss die Meinung der Bäckerarbeiter repräsentire, zurück und betonten, daß die Gesellen im wohlverstandenen Interesse ganz entschieden für die baldige Einführung des Maximalarbeitsstages eintreten. Das keine Gewerbe werde ganz im Gegensatz zu den Ausführungen der Meister noch Vortheil durch die Regelung der Arbeitszeit haben. Der Hinweis auf das „Meisterwerden“ sei ganz und gar verfehlt, da nur ein sehr geringer Prozentsatz von Gesellen in die Lage komme, Kapitalen zur Begründung eines Geschäftes zu erlangen. Als die Innungsvertreter die Stimmung der Versammlung begriffen hatten, entließ ihnen der Muth mit einer vorher angefertigten Erklärung gegen die „Eingriffe in die Rechte“ der ehrlichen Meister überhaupt hervorzutreten. Resolutionen, die nur von einem Theil der Anwesenden angenommen werden, haben keine große (!) praktische Bedeutung, meinte der Vorsitzende mit faurerfüllter Miene, darum verzichten wir darauf.

Damit schloß die große gemischte Versammlung mit einer ekklatanten Niederlage der vereinigten Innungen.

Im Verein deutscher Schuhmacher hielt am 1. April Herr Waldemar eine befähigt aufgenommene Vortrag. Unter Berücksichtigung der Kaffeeer Strud darauf aufmerksam, daß diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen noch aus dem vorigen Jahre resiren, diese bis Ostern begleichen müssen, andernfalls sie ausgeschlossen werden.

Vermischtes.

Zum Untergang der Elbe. Die erste Leiche unter den zahlreichen Opfern der „Elbe“-Katastrophe ist auf deutschem Boden und zwar an der westholsteinischen Küste gelandet. Aus Dithmarschen kommt die Nachricht, daß am Strande des Eidersbütteler Sommertrogs eine weibliche Leiche gefunden worden ist, die bereits mehrere Wochen im Wasser gelegen hatte. Da dieselbe nur mit einem Hemde bekleidet ist und in letzter Zeit keine weibliche Person bei einem Schiffsuntergange an der Nordsee-küste ums Leben gekommen ist, so stammt die Todte zweifellos von dem Lloyd-Dampfer „Elbe“. Die Persönlichkeit der Verunglückten ist noch nicht festgestellt.

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Altona ein junger Mann, wie es heißt, Sohn eines Telegraphenbeamten, verhaftet worden, der seit Jahren Schmähbrieve und Schmähdpostkarten an den Kaiser abgefandelt haben soll. Der Verhaftete stand im Begriff, in Altona als Einjähriger einzutreten, als die Entdeckung durch seine Handschrift erfolgte. Er hatte schon als Gymnasiast Schmädkarten versandt. Anscheinend handelt es sich bei ihm um eine kranthafte Aulage.

In Pirmasens flatterte am 1. April zu Ehren Bismarck's eine rote Fahne auf dem Kirchturm. Am Tage darauf wurde der Dochtbender Sattig verhaftet, in dem man den Aufhänger des Zeichens der Zukunft vernahmet.

Ein Konflikt wegen der Aufführung der „Weber“ ist zwischen dem Oberbürgermeister von Tilsit und einem vom preussisch-litauerischen Geist besetzten Polizeiverwalter ausgebrochen. Der „Voss. Ztg.“ wird über diesen, in der Zeit obligatorischer Rückgratverkrümmung immerhin eine Seltenheit bildenden Streit berichtet: „In Tilsit ist zwischen dem Oberbürgermeister Tsching und dem Regierungspräsidenten Vogel ein Konflikt ausgebrochen, auf dessen Ausgang man allgemein gespannt ist. Die Veranlassung hierzu gab zunächst die Aufführung der „Weber“ von Gerhart Hauptmann, die von dem Polizeiverwalter Witschel verboten, von dem Oberbürgermeister Tsching aber zugelassen wurde. Der Polizeiverwalter berichtete nun an den Präsidenten Vogel, daß die Tilsiter Bürgerschaft in allen Schichten von Sozialdemokraten durchsetzt sei und die Sozialdemokraten nur auf die Aufführung der „Weber“ warteten, um im Stadttheater Ständiszenen herbeizuführen. Der Präsident verfügte darauf, daß die „Weber“ nicht aufgeführt werden dürften. Witschel scheint aber auch sonst beim Oberbürgermeister durch seine Amtsführung Anstoß erregt zu haben, denn er ist plötzlich von dem Oberbürgermeister seines Amtes entsetzt worden. Doch ist dem Oberbürgermeister von dem Regierungspräsidenten befohlen worden, Witschel binnen 24 Stunden wieder in sein Amt einzusetzen. In der Bürgerschaft hat Witschel seines schroffen Auftretens wegen wenig Sympathien. Der Konflikt zwischen Oberbürgermeister und Regierungspräsidenten wird daher sehr lebhaft erörtert, und es wird eine Bürger-versammlung vorbereitet, in der die Angelegenheit zum Gegenstande einer öffentlichen Besprechung gemacht werden soll.“ Anscheinend hat sich der Bürgermeister also wirklich dem „Befehl“ des Oberpräsidenten gefügt.

Die Königin von Italien hat sich, wie berichtet wird, sowohl die Schuhe, welche Maria Stuart beim Gange zum Schaffot trug, als auch die Fußbekleidung der Maria Antoinette zu verschaffen gewünscht. In der Dame sollen bei Betrachtung dieser heiklen Reliquien zuweilen recht unangenehme Abnungen aufsteigen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Postfach oder eine Zahl anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Stocholm. Eine derartige Organisation besteht hier nicht. Die betreffenden Arbeiter unterziehen der Reichspost und dürften soweit sie überhaupt organisiert sind, dem Verband der Metallarbeiter angehören. — Wenden Sie sich an: D. Näther, Berlin N., Anklamersstr. 44.

H. C. 9. Die Frage ist nicht verständlich. — **G. 2. 35.** 1. Ist ein Stadtbrief erlassen? 2. Können wir nicht beantworten. — **Anna.** Nein. — **W. R. 8.** Fünf Stunden. — **P. G. 77.** August Wolff. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

Briefkasten der Expedition.

Die Sammlungen für die streikenden Holzarbeiter Schöllens wird vom Vertrauensmann der Holzarbeiter Berlins G. Wiedemann unter „Streiksammlung“ im Annoncenheft quittirt.

Tohgerber, Lederzurichter u. Berufsgen.

Berlins.

Sonntag, 7. April, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Feind, Weinstr. 11:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Näther. 2. Stellungnahme zum 1. Mai.
3. Bericht des Delegirten der Gewerkschaftskommission. 4. Wahl der Agitationskommission. 5. Verschiedenes. 168/8

Der Einberufer.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 7. April, nachmitt. 3 1/2 Uhr, bei Herrn Wilke, Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Frau Rohrlack über: „Warum fordern die proletarischen Frauen politische Rechte?“ 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Mitglieder zur Sicherstellung des Arbeitslohnes auf gesetzlichem Wege?“ 4. Abrechnung vom 1. Quartal 1895. 5. Vereinsangelegenheiten.
Frauen als Gäste haben Zutritt. 80/12

Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.
Der Vorstand.

Achtung!

187/9

Freie Vereinigung der Getreideträger und Speicherarbeiter.

Sonntag, den 7. April 1895, vormittags 11 Uhr,

General-Versammlung

bei Röhlig, Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Wie stellen wir uns zu den Beschlüssen des Hallenser Kongresses? 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Fachv. der Müller u. Mühlenarbeiter

Berlins und Umgegend.

Sonntag, 7. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Röhlig, Neue Friedrichstr. 44:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des 1. Mai. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Agitationskommission. 4. Verschiedenes. 196/2
Zur Deckung der Unkosten findet Teller-sammlung statt.
Die Agitations-Kommission.

Verein der Einsetzer (Tischler).

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, 7. April, vorm. 11 Uhr, Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Vorstandsanträge. 3. Bericht der Arbeitsvermittlungs-Kommission und Neuwahl derselben. 4. Fall des Kollegen Kurzmann. 5. Fragelasten. 116/12

Der Vorstand.

Tischler-Verein.

Sonnabend, 6. April, abends 9 Uhr,

Reichstr. 15:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Vierteljahr 1895. 2. Bericht der Bibliothek. 3. Ein Unterstufungs-gesuch. 4. Beschlußfassung über die diesjährige Landpartie. 5. Vereinsangelegenheiten. Das Mitgliedsbuch legitimirt. 252/1

Der Vorstand.

Naturheil-Anstalt

„Thiergarten“.

Berlin (Moabit) Spenerstr. 5.

Kranke jeder Art finden Heilung.

Sprechstunden: 9-10 Uhr. 5-6 Uhr.

Poliklinik 2-3 Uhr. 477b

Pfundbärme.

Beste Getreide-Preßhese, immer frisch,

empfehlend zur bevorstehenden Osterbäckerei die Fabrik 475b

8. Oranienstr. 8.

Bitte auf die Hausnummer achten!

Damen-Hüte

und Kinderhüte chic garnirt, mit

Band v. 1.50 M. an, mit Blumen und

Band 2.50 M., mit langen Strauß-

federn, Band und Blumen v. 4.75 M. an. Ungarnirte Hüte, sowie sämtliche Zubehöre zum Garniren z. Fabrikpreisen. Trauerhüte in großer Auswahl 468b

Frobenstrasse 22.
Strickgarn und Sammgarn-Netze
L. Feis Lieber, Ewinemünderstr. 198.

Ausverkauf

v. Möbeln, Spiegeln u. Polster-
waren wegen Aufgabe des Laden-
geschäfts zu herabgesetzten Preisen
von

Julius Apelt,

Sebastianstr. 20.

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)

Größe 150 x 200, Stck. 7.50 M.

ca. 1000 Stück schwere buntfarbige

Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschennetzen,

in reizenden Jacquard-Mustern,

Größe 150 x 200 cm.

per Stück 4.50 M. sonstiger

Meine illustrierte Preisliste über

hochfeine Stepp- und Schlafdecken

gratis und franco.

Steppdecken-

Fabrik Emil Lefèvre,

Berlin S., Oranienstr. 158.

Rohrtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Lager in Forman, Bockfagons.

Heinrich Franck,

Str. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Bruchbandagen

aller Art (eigenes Fabrikat), sowie

sämtliche Artikel zur Kranken-

pflege einstellt

J. Ch. Pollmann, Linien-

Liöferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

Herren-Hüte 1,25

Einsparungs-Hüte 85 Pf.

neueste Façons verkauft das Fabrik-

komptoir, jetzt Barnimstr. 4 u. 5 L.

und alle [1995L*]

Mehl Backzuthaten

liefern in anerkannt vor-

züglicher Güte jetzt ganz besond. preisw.

P. Herrguth,

Berlin, Müllerstr. 180 (Weddingplatz).

Wiedervork. besond. Vorzugspreise.

Achtung!

Zahnerfab, auch Zehlfabrl., wöchentl.

1 Markt, S u d e l, Lauscher Platz 2,

Esplanadestr. 12.

Alte Stiefel, ex. Ausm. West. u.

Reparat. reell u. bill.

Runge, Adalbertstr. 86. [479b]

Zuchstoff-Neste

zu Knabenanzügen, Gelegenhelikauf,

spottbillig. Herrenhosen-Reste 5 M.

45/17 Münzstr. 4, Engel.

Rahbfleisch

von 40-50 Pf.

à Pfund

Anguststr. 50a.

Puhrstützen verborgt 480b

Zachow'sky, Wittenbergplatz 1.

Friedrichsberg, Jungstr. 46, mehrere

Vorderwohnungen von 65 Thlr. an

sofort. 277b

Möbl. Zimmer und Schlafstelle ver-

mietet Siehe, Langestr. 18. 472b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 5. April,
Opernhaus. Die Zauberflöte.
Schauspielhaus. Die Welt in der man sich langweilt.
Deutsches Theater. Pastor Brose.
Erstung-Theater. Wohlthäter der Menschheit.
Berliner Theater. Der Herr Senator.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Neues Theater. Die Unehelichen. Ein Mustergatte.
Schiller-Theater. Die Karolinger.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Obersteiger.
Theater Unter den Linden. Hund um Wien. Dorothea.
Central-Theater. Unsere Rentiers.
Adolph Ernst-Theater. Madame Suzette.
Belles Alliance-Theater. Alles mobil.
Alexander-Platz-Theater. Unsere Rentiers.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
 Freitag, den 5. April, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
 Sonnabend, 6. April, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
 Sonntag, 7. April, nachm. 3 Uhr:
Die Journalisten. — Abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas a. G.
 Novität! Zum 49. Male: Novität!
Unsere Rentiers.
 Große Poffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.
 Musik von Julius Gindshofer.
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
 Anfang 1/8 Uhr.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
 Direction: Max Samst.
 Sensationelle Novität!
 Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft
William Calder
Die lebende Brücke.
 Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, übersetzt von F. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedocke. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Latowsky.
 Regie: Max Samst.
 Aufführung 6 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Feen-Palast

Gurgelstr. 22, neben der Börse.
 Durchweg neues Programm
18
 Bravour-Nummern!
 Grossart. Ueberraschungen.
 Kommen! Sehen!
 Hören! Staunen!
 Vorher wird nichts verrathen.
 Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
 Sonntags: Konzert 6 1/2, Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Unter den Linden 21.

Einzig in seiner Art.
 Heute zum **207.** Male.
Ben-Ali-Bey.
 Täglich abends 8 Uhr
 Oriental. **Magie.**
 Preise: 3, 2 und 1 M. Sitzplatz.
 Jeden Sonntag und Feiertag nachmittags 4 Uhr:
Familien-Vorstellung
 zu halben Preisen.

Adolph Ernst-Theater

Madame Suzette.
 Vaudeville-Poffe in 3 Akten von Ordonneau.
 Musik von Edmond Kaudran. (Novität.)
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété.

Täglich ausverkauft!
 Durchschlagender Erfolg des brillanten neuen April-Programms.
 Ahermalige Prolongation
Naucke's.
 Jeden Abend gr. Lachertolg.
Die Kneipgenies
 Burlesque mit Gesang und Tanz von
Emil Naucke & Arth. Fränkel.
 Fridolin: Emil Naucke.
 Schnorps: Arthur Fränkel.
 August: Pedro Hansen.
 Anfang präzis 7 1/2 Uhr.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
 Geöffnet von 5-10 Uhr.
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
 Näheres die Anschlagzettel.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
 Die Kiesen des dunkeln Erdhells!
Die Dinka,
 40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Marietta.
„Präsident Faure.“

Parodie-Theater

Oranien-Straße 52 (am Moritzpl.).
 Zum 68. Male:
Madame Sans-Gêne.
Die Weber.
Heimath.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Passage-Panopticum.

27
Gitanos
 (andalusische Sänger, Tänzer u. Tänzerinnen)
 Vorstellung um 4, 5, 6, 7, 8 u. 9 Uhr.

Bock-Bräuerei

Tempelhofer Berg.
57. Bock-Saison.
 Täglich:
Militär-Konzert.
 Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Sommer-Paletots, Anzügen, Röcken, Jaquets, Hosen, Westen, Hüten, Stiefeln** etc., seiner Betten, Wäsche, Waschseife, Koffer, Schirme billig und gut kaufen will, empfehle mein reichhaltiges Lager in alt u. neu.

A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler,
 127 Skalitzerstraße 127.
 Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
 Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Sargmagazin

u. Beer-digungstomtoir,
 Schmiedstr. 142.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein geliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Webermeister 478b

Herr Karl Treue

am 1. April cr. uns plötzlich durch den Tod entziffen worden ist.
 Der den Verstorbenen kannte, wird unsern Schmerz zu würdigen wissen.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. M., nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Marius-Kirchhofes in Wilhelmshagen statt.
 Um fittes Beileid bitten
 Die Hinterbliebenen
 Wittwe Auguste Treue nebst Kindern.

Bezugnehmend auf obige Todes-Anzeige erlauben wir die Mitglieder der Weber- und Birkerinnung, sich bei der Beerdigung recht rege zu betheiligen.
 Der Verstorbene, welcher stets die Interessen der Innung in jeder Weise gemahrt hat, ist in der Ausübung seines Berufes vom Tode ereilt worden. Wir betrauern sein Hinscheiden sehr tief und werden sein Andenken stets hoch und in Ehren halten.
 Die Kollegen, welche sich bei der Beerdigung betheiligen wollen, die mit den Gewerks-Insignien erfolgt, versammeln sich am Sonntag Vormittag 11 1/2 Uhr im Meisterhause, Weberstr. 17.

Der Vorstand
 der Weber- und Birker-Innung,
 H. Köhler, Obermeister.

Zentralfranken- u. Sterbekasse d. deutsch. Wagenbauer.

Am 2. d. Mts. verstarb nach schweren Leiden unser Mitglied, der Eisefeur 289/8

Robert Thomas

im Alter von 30 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Gewerksstr. 10, aus statt.
 Die Ortsverwaltung Berlin, Bezirk III.

Zentral-Franken- u. Sterbekasse der Tapezierer

(F. S. 98, Filiale Berlin III, Ost.)
 Am 2. April, abends 8 Uhr, verstarb nach kurzer Krankheit unser langjähriger Mitglied

Paul Kapuste

im 48. Lebensjahre. 233/9
 Die Beerdigung findet Sonnabend, den 6. April, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes (Brig) aus statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht
 Der Vorstand. 78/5
 J. A.: Hoffmann, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder

und verwandte Gewerbe.
 Den Herren Arbeitgebern u. Arbeitnehmern zur Nachricht, daß der Jahresbericht pro 1894 fertig gestellt ist und im Kassenlokal **Luisen-Ufer II,** in Empfang genommen werden kann.
 Der Vorstand. 78/5
 J. A.: Hoffmann, Vorsitzender.

Achtung! Buchbinder!

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
VI. Stiftungsfest
 d. Buchbinder-Männer-Chor Berlins.
 (Mitgl. d. Arb.-S. B. Berl. u. Umg.)
 Bestehend aus

Vokal- und Instrumental-Concert unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **C. Malmone.**
 Anfang 8 Uhr. Programm 25 Pl.
 Nach dem Concert: Vall.
 Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 478b Der Vorstand.

Sanitäts-Verein für Arbeiter beiderlei Geschlechts

(G. S. 85.)
 In der am 31. März cr. abgehaltenen Generalversammlung wurde die Schlichtung der Kasse angenommen und der 5. April cr. als Termin festgesetzt. Sämtliche Forderungen sind an **P. Hundt,** Voßbringerstr. 43, einzureichen. Restirende Beiträge sind an die bekannten Beitragsammler zu entrichten. 211/18

Berlin, den 5. April 1895.
 Die Liquidations-Kommission.
 J. A.: P. Hundt.

Arbeitsanzüge

W. Pahr, Brunnenstr. 112.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 7. April 1895:
 VII. Serie VII. Abtheilung (Lessing-Theater)
Der Geizige. Vorher: Cavalleria rusticana.
 Beginn nachmittags 3 Uhr.
 VIII. Serie III. Abtheilung (National-Theater):
Der Pelikan.
 Beginn nachmittags 2 1/2 Uhr.

Sonnabend, den 6. April, abends 9 Uhr,
 in den Festsälen von Louis Keller, Koppenstraße Nr. 29:

Großes Konzert,

unter freundlicher Mitwirkung des aus 40 Mitgliedern bestehenden **Berliner Konzert-Orchesters** unter Leitung des Dir. **G. Grass,** des Geigenvirtuosen **F. Borisch,** der Sängerin **Annie Hindermann,** der Schauspielkräfte **Helene v. Rienzi** und **Paul Nollet,** sowie des Gesangsvereins **Berliner Buchbinder und Schriftsetzer „Typographia“.**
 Programm wie am 30. März.

Nach Beendigung des Konzerts: Gemüthl. Beisammensein.
 Billets à 50 Pf. inkl. Tanz sind in den Zahlstellen zu haben.

Zu diesem Konzert sind nur 2000 Billets ausgegeben. Infolge vieler Anfragen theilen wir mit, daß die Billets erst zum kleinen Theile verkauft sind und eine Ueberfüllung daher nicht zu fürchten ist.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 300/17 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Achtung! Freitag, den 5. April, Abends 8 1/2 Uhr Achtung!

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher in den Betrieben der **Bairisch- u. Weissbier-Brauereien Berlins u. Umg.** beschäftigten
Brauer, Böttcher, Fahrer, Mitfahrer, Flaschenkellerarbeiter, Maschinisten, Heizer, Schlosser, Schmiede, Stalleute, Hofarbeiter u. s. w.
 im Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
 Tages-Ordnung:

1. Stellung zur Maisfeier. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Der Arbeitsnachweis der Ringbrauereien. 4. Verschiedenes. 92/5
 In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ersucht um zahlreiches Erscheinen.
Die Agitations-Kommission.

Achtung! Töpfer! Achtung!

Sonntag, den 7. April, vormittags 10 Uhr,
 im Lokale des Herrn **Fey,** Brunnenstrasse No. 184:

Öffentliche Versammlung

aller Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 Bericht der in letzter Versammlung gewählten Kommission und weitere Maßnahmen.
 Wir ersuchen die Kollegen und Berufsgenossen recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann: **Gustav Mejer.** 245/2

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltung Berlin (Filiale C.).
 Sonnabend, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr,
 in den „**Arminhallen**“, Kommandantenstrasse 20:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Timm** über „Klassenkämpfe im Mittelalter“.
 2. Diskussion. 3. Die Mißstände bei der Firma **Schwidlinski & Co.**
 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Gäste willkommen. In anbetragt der Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder notwendig.
 Die Ortsverwaltung.
 NB. Die Wohnung des Kollegen **Sabacl** befindet sich jetzt: Am Ostbahnhof 19, v. IV. 179/20

Achtung, Zimmerer Charlottenburgs!

Sonntag, den 7. April, nachmittags pünktlich 2 Uhr,
 im Lokale des Herrn **Kranze,** Rüdert- u. Bismarckstr.-Ecke:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung: 292/7

1. Die Kämpfe der Arbeiter-Organisationen und wie können dieselben Besserung der Verhältnisse im allgemeinen herbeiführen? Referent: Genosse **Paul Jahn.**
 2. Diskussion.
 3. Gewerkschaftliches.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vertrauensmann
 der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Künstl.Zähne

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.
 Von der **Geschichte des Sozialismus** erschien auch der erste Theil des ersten Bandes.
Die Vorläufer des neueren Sozialismus.
 Inhalt des ersten Theils.
 Von **Plato bis zu den Wiedertäufern.**
 Von **Karl Kautsky.**

Preis brosch. M. 2. — gebd. in Lwd. M. 3.00 in Hbdr. M. 4.50
 Auch in Berlin 2 1/2 M. 1/2
 Verlag von **W. Dading** in Berlin, SW. Beutstraße 2.

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin u. Umgeg. (Eing. Hilfskasse Nr. 118).

Wir machen hierdurch bekannt, daß sich die Zahlstellen vom 1. April ev. ab in folgenden Lokalen befinden:

Ort	Kassier	Adresse	Zeitraum
Wesien	C. Pfeil	Blumenthalstr. 5 bei Behrend	Sonnabend abends von 8-10 Uhr.
Südwest	H. Kieckback	Mittenwalderstr. 43 bei Brieße	8-10
Südost	W. Glaser	Waldemarstr. 61 bei Röll	8-10
Osten	O. Künzel	Häckerstr. 8 bei Böhl	8-10
Norden	T. Kaasch	Swinemünderstr. 20 bei Geise	8-10
und ferner derselbe Tredeow- und Biederhofsenerstrassen-Gede bei Schmidt, Montag abends von 8-10 Uhr.			
Wedding	A. Presse	Röllinerstr. 6 bei Hanse	Sonnabend abends von 8-10
Moabit	W. Ueckert	Turmstr. 84 bei Holzbacher	8-10
Zentrum	C. Pahnke	Gipsstr. 16 bei Blaurock	8-10
Charlottenburg	G. Boyer	Wallstr. 96 bei Beyer	8-10
Pankow	E. Kutz	Schönholzer-, Spandauer- und Döllanstrassen-Gede bei Gaertner	Sonnabend abends von 8-10 Uhr.

Das Kassenlokal befindet sich Gipsstr. 16 bei Blaurock und ist von morgens 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.
Ferner bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß sich der Ausschuss konstituiert und zum Vorsitzenden Herrn C. Blaurock, Gipsstr. 16, gewählt hat.
Der Vorstand. J. A.: Heinrich Regle.

Zentral-Verband deutscher Maurer etc.

Zahlstelle Berlin I (Putzer).
Sonntag, den 7. April, vormittags 11 Uhr,
in den Armin-Hallen, Kommandanten-Strasse No. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Diskussion über die statistischen Erhebungen in unserem Berufe.
2. Verbands-Angelegenheiten und Ausgabe der Programme zur Oster-Matinee.
Alle den Verband betreffenden Sachen bitte ich von jetzt ab an die Adresse D. Neumann, Berlin W., Grunewaldstr. 118, richten zu wollen.
190/16 J. A.: Der Bevollmächtigte.

Maitrank

frisch, ausgezeichnet à Flasche 60 Pf. inkl. 10 Pf. M. 5.50.
Johannisbeersaft, herb, Fl. 60 Pf. Desserwein, süß, Fl. 75 Pf.
Stachelbeersaft, ganz vorzüglich, Flasche M. 1.-

Echt Stonsdorfer Likör.

à Str. 1.20, 5 Str. 5.50, 10 Str. 10.-, 50 Str. 47.50, 100 Str. 90.-
Echten alten Nordhäuser Str. M. 1.10, 5 Liter à M. 0.90.
Berliner Getreide-Rummel Str. M. 1.10, 5 Liter à M. 0.90.
Himbeer-, Rirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Str. 1.30.
Medizin. Angarwein, beste Qualität, à Literflasche M. 2.10.
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Eugen Neumann & Co.,
Oranienstr. 8, Genhinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Otto Maass, Mehlhandlung,

empfehlte zum Fein: II. Wiener Mehl, 5 Pfd. 90 Pf., Kaiser-Auszug, 5 Pfd. 70 Pf., Weizen-Mehl 00, 5 Pfd. 60 Pf., u. tägl. frisch gebrannte Kaffees. 2049L.

Die Mehlhandlung

von L. Brachvogel

Mantuffelstraße 75
empfehlte zum bevorstehenden Feste ihre als ganz vorzüglich bekannten Mehle.

J. Sturm, Münzstrasse 5,

Bonbon, Marzipan, Confituren.
Bei Einkauf, Husten etc. mache man einen Versuch in Sturm's Pectoral-Bonbon, per Paket 20 Pf.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verließen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfedern-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 8 Mark, hochfeine Nusschleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau's, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneel-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Confortische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu be-sichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Ge-spanne transportiert und aufgestellt.

Sopha Stoff- Reste

in Lins, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Die Hilfe,

christlich-soziales Wochenblatt
Herausgegeben von
Pfarrer Naumann in Frankfurt a. M.
sucht an allen Orten Agenten.
Preis vierteljährlich 50 Pf.
durch Agenten; 1 M. durch die Post.
Probennummern
bei der Expedition, Frankfurt a. M.
Obermainstr. 2 zu verlangen. 47/27

Spezial- Butterhandlungen von J. Maeding.

Erstes und größtes Geschäft der Markthalle 8 (Andreas-Strasse) Stand 115-118. 2. Geschäft: Krautstr. 52. 3. Geschäft: Straus-borgerstrasse 4. 4. Geschäft: Memelerstrasse 52. 5. Geschäft: Domminerstr. 9.
Feine Tischbutter
Pfd. 0.90-1.00 M.
Donkbar feinste 2046L.
Tafelbutter
Pfd. 1.10-1.20 M.
Alle Sorten Käse zu Aussoort billigen Preisen.
Frische Eier zum Eßsoortpreise.
Ganz besonders empfehle ich zum bevorstehenden Fest:
Wirklich gute u. Knobutter
à Pfd. 80 und 90 Pf.

Nußbaum-Möbel

vert. schleunigst Kleiderschrank, Wäsche-schrank, Spiegel 19, Küchentisch, Sophas 9, Oelgemälde, prachtvolle Köpfe 4.50, Bettstelle 12, Plüschgarn., Schlagregul., Teppiche, Gardinen (spott-billig) Sandwehstr. 5/6, 1. (Nähe Alexanderplatz).

Täglich, auch Sonntags Vorm. von 7-9 Uhr:

Verkauf von gefoxtem Rind- u. Schweinefleisch
à 30-40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt
Central-Viehhof.

Julius Lindenbaum,

BERLIN O.,

Gr. Frankfurterstraße 139, nahe der Fruchtstraße

empfehlte sein großes Lager eleganter, fertiger

Herren-Garderoben

in nur guten Stoffen und neuesten Façons (auch für starke Figuren) zu äußerst billigen aber streng festen Preisen.

Spezialität:

Anfertigung nach Maß, wozu die neuesten und besten Fabrikate stets auf Lager halte.

Zuschneider im Hause.

Für streng reelle Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes, wenn also daran liegt, bei wirklich realen festen Preisen seinen Bedarf in Herren-Garderoben vorthellhaft einzukaufen, wende sich nur an

Julius Lindenbaum, Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 139.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren

billigsten Preisen in reichster Auswahl die Fabrik Frucht-Strasse 25, part.

Zum Umzug empfehle einen großen Posten

Teppiche

800 Paar wollen, gute in allen Größen von M. 3.- an,

Portièren Gardinen

in allen Farben v. 2.50-6 M. u. Stores in weiß u. crème v. 1.25 an.

Otto Büchler,
Berlin, Königstr. 26, Ecke Klosterstrasse.

Streiksammlung.

Bei dem Vertrauensmann der Holz- arbeiter Berlin, E. Wiedemann, Annenstraße 39, gingen folgende Beträge ein: 803/8

Für die Instrumentenarbeiter von Görs u. Kallmann: Werkstelle von Bach, Königsbergerstraße 50, 1. Rate 10.30, 2. Rate 4.50.

Für die streikenden Holzarbeiter in Schmöln: Werkstelle Kimmel, Große Frankfurterstraße 16 5.25, Werkstelle Weismann, Dieffenbachstraße 36 2.70, Werkstelle Feldmann u. Wegener, Belle-Alliancestr. 84 7.30, Werkstelle Köhler u. Ko., Poppstraße 5 3.75, Werkstelle Karl Müller, Blücherstr. 95 7.-, Werkstelle Michaelis, Simeon-straße 10 1.50, Bezirks-Versammlung Bedding und Gesundbrunnen 3.75, Werkstelle Brufe u. Schmidt, Lange-straße 53 2.50, Werkstelle Dräger 0.50, Modellwerkerei von Lukas, Elisabeth-straße 4.10, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft 7.45, Werkstelle von Cor-tois, Schwedterstr. 258 inkl. gewonnene Bierbockfotografie 6.-.
Berlin, den 4. April 1905.
E. Wiedemann.

Möbel- Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Teilzahlung ge-stattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden und Vertikows 30 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtisoleiten, Küchenspinden, Kommoden 12 M., Stühle 3 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtisoleiten, Küchenspinden, Kommoden 12 M., Stühle 3 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtisoleiten, Küchenspinden 40 M., Paneel-sophas 30 M., Buffets, Silber-schränke, Herren- u. Schreib-tische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand ver-säumen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis 1. Mai kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt. 18842

Schützenstr. 2, Möbel-fabrik.

Handgezeichnete krankheitshalber billig, Adalbertstr. 16.

Arbeitsmarkt.

Lehrling.
Für unsere Gravir- und Stempel-schneiderei-Arbeit wird sofort ein Lehr-ling gesucht, welcher im Zeichnen ge-wandt ist. Persönliche Nied. Nachm. 5-7 Uhr bei
Schriftgcherei Emil Gursch,
Ritterstr. 90.

Möbelpolierer!

Wegen Differenzen ist der Zugang von Polirern bei Präsel, Admiralstr. 7, bis auf weiteres ferngehalten.
201/20 Die Kommission.

Langnetten-Damenhemden,
hochfeine Waare,
Herzennadthen, Primaware,
1/2 Dth. 4.50 M. D. Meyerson, Poststr. 7.

Maschinen-Nähern (N.-N.) ver-langt Kopenstr. 74, 2 Tr. 423b

Suche für meinen Sohn eine Stelle als Tischlerlehrling mit Kost und Logis. E. Stolz, Tischler, Char-lottenburg, Stuttgarter Platz 4. 471b

Ein tüchtiger Gelbbrenner wird zum sofortigen Eintritt gesucht. Aktien-gesellschaft Wig u. Guesst, Telephon-Telegraphen- und Bligaleiter-Fabrik, Berlin W., Balowstr. 67.

Gravirgehilfen gegen hohen Lohn auf Goldleisten, Walzen u. Buntdruck verlangt Emil Opitz, Raupenstr. 50.

Halb und Halb.
Mampe mit
Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1.25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

Möbel-Magazin

C. Wildberger, Lübeckerstr. 31 (Moabit).
Große Auswahl in eleganten und einfachen Möbeln.
Preise äußerst billig bei nur solider Ausführung.

Kaufen Sie nicht

anderwärts, bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass bei mir die „billigste Bezugs- quelle für Hüte“ ist, und nur streng reelle Waare bei reichhaltigster Auswahl geführt wird:
Herrnhüte steif und weich à 2.- 2.50 3.- 3.50
do. in H. Haarhüte à 3.- 3.50 4.- 4.50
do. in Laden à 1.25 1.50 1.75 2.00
Kinderhüte à 1.- 1.25 1.50 2.- 2.50
Confermandenhüte à 1.50 1.75 2.- 2.50
Cylinderhüte à 4.- 6.- 7.50 9.- 11.-
im Fabrikantentele bei Oscar Arnold
am Oranienplatz
Dresdenerstr. 116 (kein Laden).
Kontrollmarkenhüte zu den billigsten Preisen!

14. Brunnenstr. 14.

Billigste Bezugsquelle

für Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte u. Kolonialwaren

im Spezial-Geschäft
Lust & Co.

14. Brunnenstr. 14.
Berlin N.

Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten.

Fett ohne Schwarte

zum Ausbraten, à Pfd. 45 Pf.

offeriert F. Nietsch,

Friedrichstraße 245 und Wilhelmstraße 109/110.